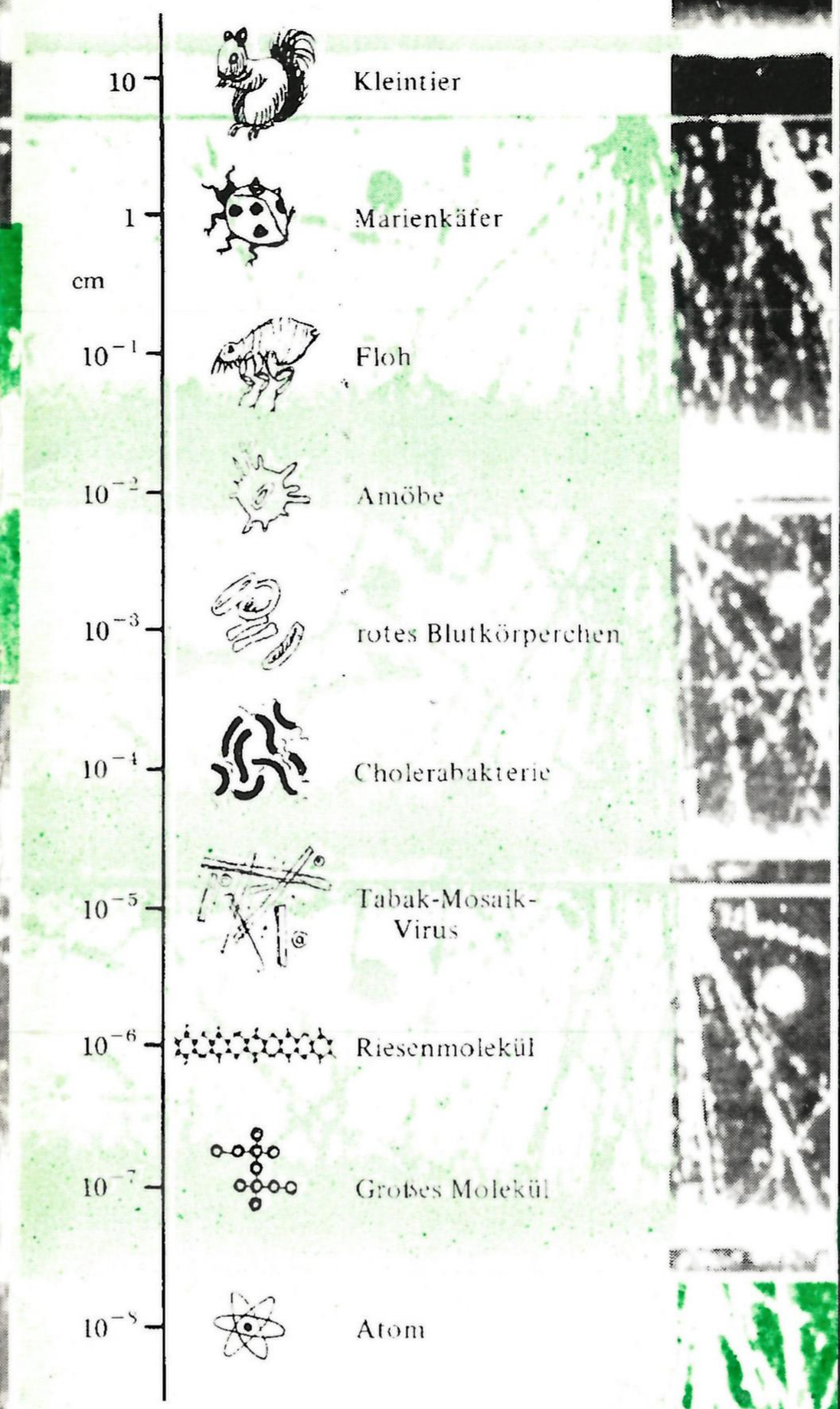
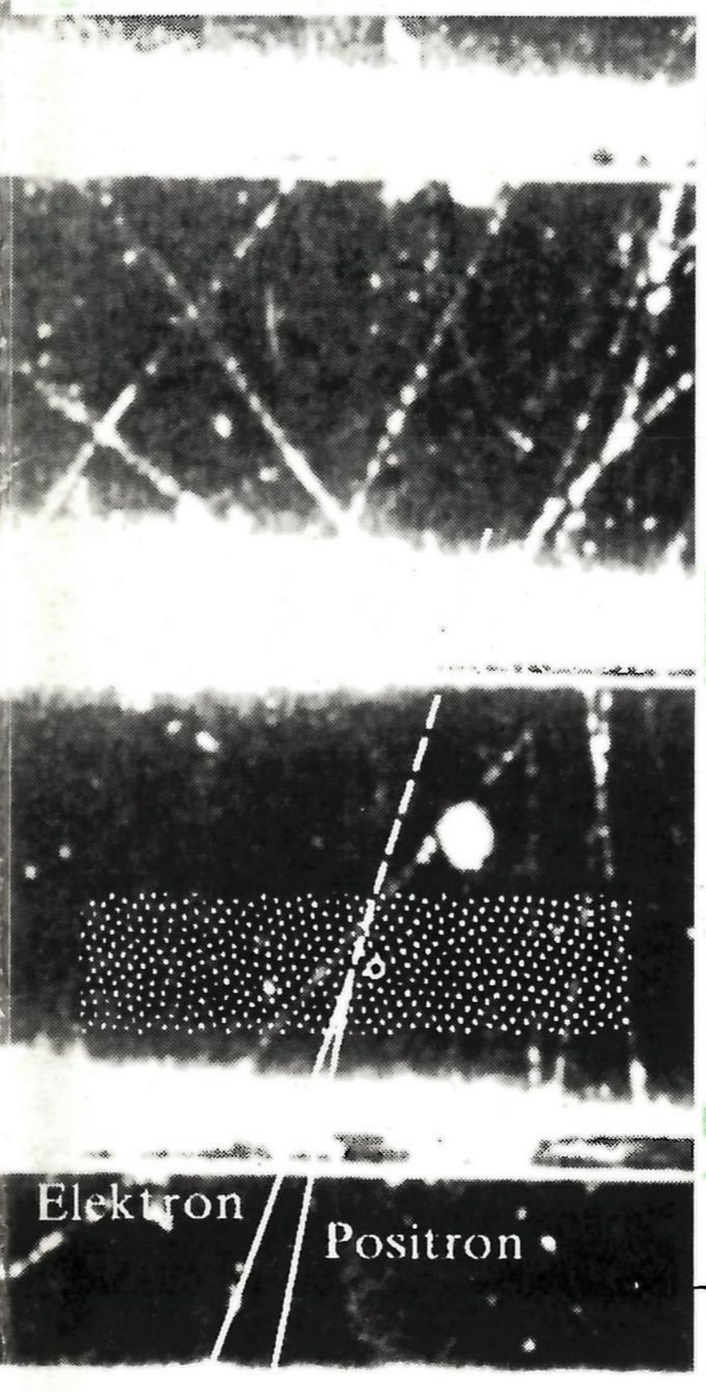
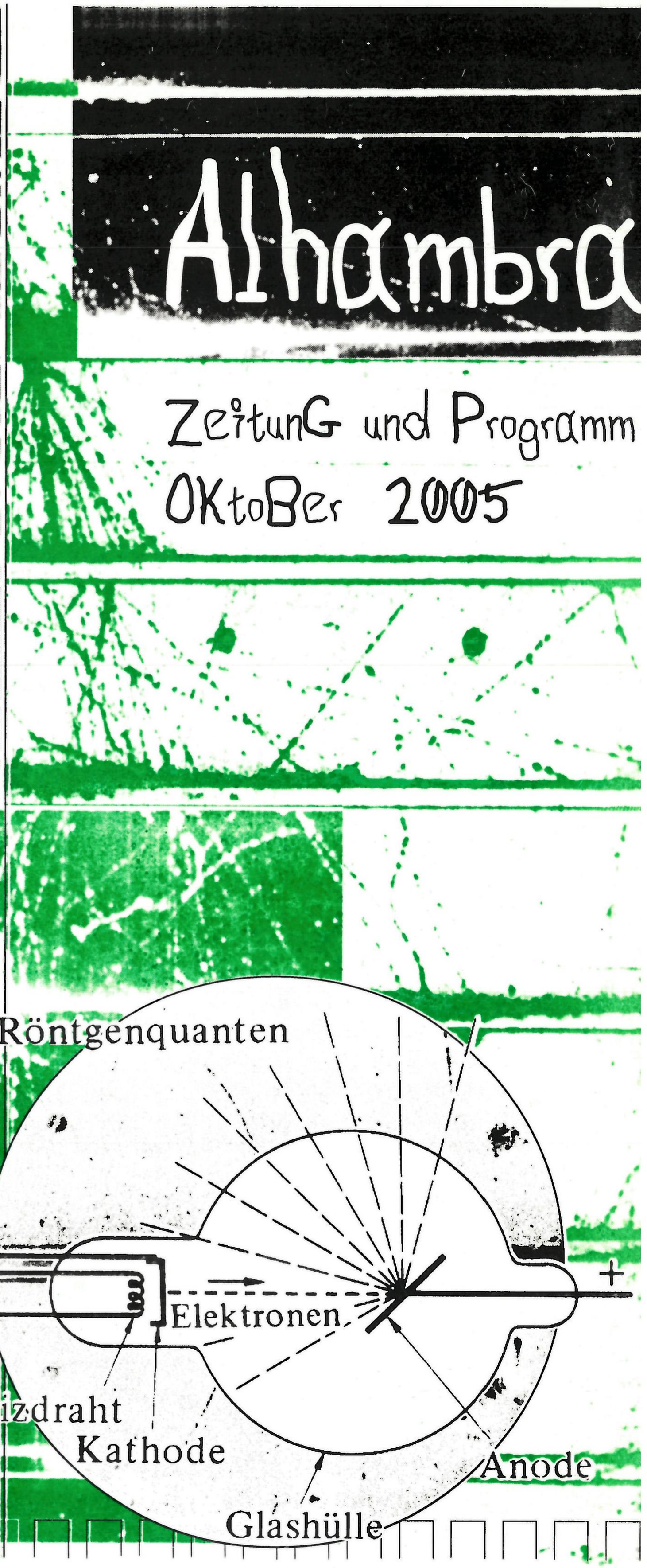


Bild 2.12. Einige typische Längenmaße (in cm).





Alhambra

ZeitunG und Programm

OKtoBer 2005

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt; Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

: Inhalt

Der Naziaufmarsch in Oldenburg 3

Literaturseite - Oldenburg im Aufruhr 7

Faschistische Bestrebungen in Kroatien und Serbien 8

Nazi-Skins in Russland 9

Der Nazijäger - Simon Wiesenthal im Portrait 10

Diskussion: Faschismus und politischer Modernismus 12

Kontrolle und Tabu - Genitalverstümmelung im Nordirak 15

Die ALSO informiert über ARGE-Hausbesuche 17

Sputnik Konzerte 18

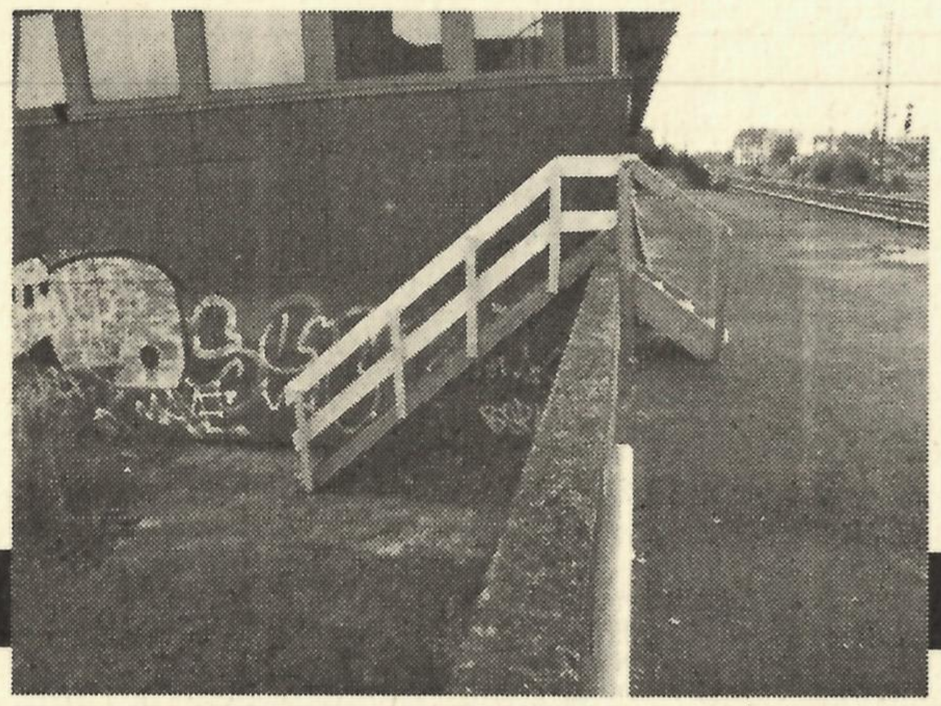
Crush Hour Concerts 19

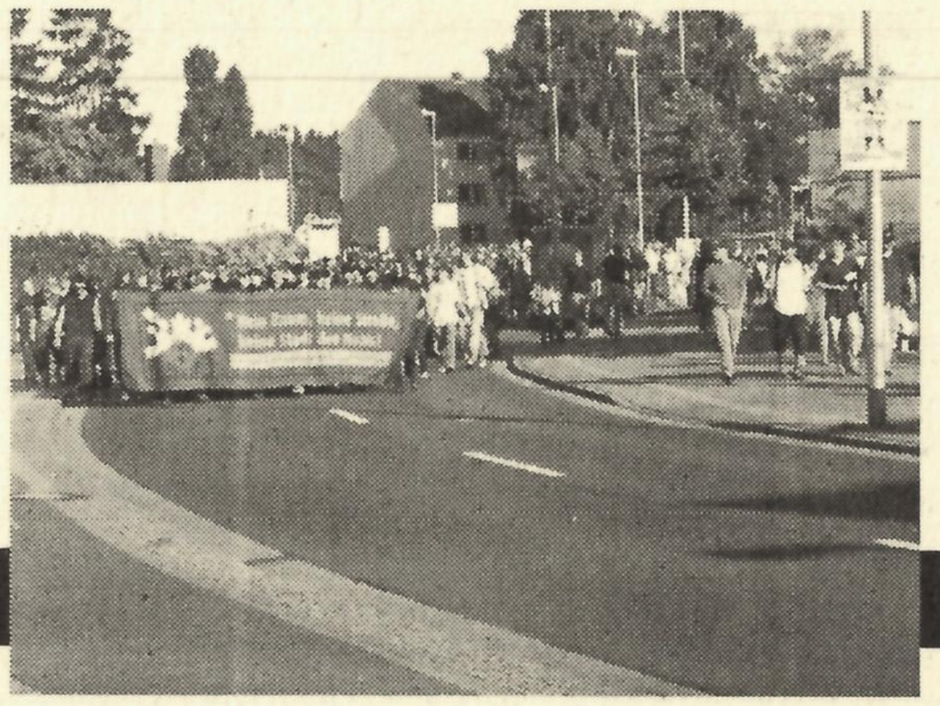
Der NAZIAUFMARSCH in OLDENBURG!

Mitte Mai kündigte die NPD auf ihrer Internetseite den Aufmarsch am 3. September unter dem Motto „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption - Nicht mit uns!" an. Daraufhin begannen das Forum gegen Rechts und einige Gruppen aus dem Alhambra mit den Vorbereitungen der Gegenaktivitäten. Auch viele andere planten verschienste Aktionen - unzählige Aufkleber und Plakate wurden verklebt, die Häuser von zwei NPD-Funktionären wurden durch Farbschmierereien kenntlich gemacht, Kundgebungen wurden angemeldet. Einzige Auflagen der Stadtverwaltung blieben minimale Änderungen der Route, sowie die gängigen Auflagen für Naziaufmärsche. Damit stand die Stadt den Nazis zu, zur gewünschten Zeit am gewünschten Ort zu marschieren. Die Resolution der Stadtverwaltung, in der angewiesen wurde den Aufmarsch mit größtmöglichen Restriktionen zu belegen, erschien somit als blanker Hohn, denn die Stadtverwaltung versuchte gar nicht erst ihre rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und zumindest zu versuchen den Aufmarsch aus der Innenstadt rauszuhalten oder erheblich zu kürzen. Stattdessen sahen sich die GegenaktivistInnen mit absurden Vorschlägen konfrontiert. So schlugen sowohl der Polizeidirektor und Einsatzleiter am 03.09. Kühme, als auch Oberbürgermeister Schütz vor, die Gegenaktivitäten auf den Vortag zu verlegen. Damit sollten die wahren Demokraten von den stets krawalllüsternen Autonomen getrennt werden. Da der DGB, diverse Einzelgewerkschaften und deren Jugendorganisationen, die ALSO, das Alhambra, das Oldenburger SchülerInnenbündnis, die Grünen und die Linke/PDS nie Zweifel dran gelassen haben, dass ihr Ziel ist den Naziaufmarsch zu verhindern und nicht an einem anderen Ort zu demonstrieren, blieb keine der vorbereitenden Gruppen über, um mit Herrn Schütz am Freitag durch die Gegend zu laufen. Außerdem läge es angesichts von 3000 Bullen, noch mehr GegendemonstrantInnen und 70 Nazis jawohl näher, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Nazis von der Straße zu kriegen sind. Doch viel entscheidender ist es den Nazis-egal wie wenige sie gerade sind - immer direkt entgegenzutreten. Zum einen würde kein vernünftiger Mensch eine Horde Nazis allein durch die Strassen laufen lassen, zum anderen ist die Symbolik einer Gegendemonstration fernab des Geschehens völlig unangemessen. Angemessen ist nur ihnen immer zu zeigen, dass sie nirgendwo erwünscht sind, wir nicht vor ihnen zurückweichen und sie unbehelligt ihre faschistischen Parolen verbreiten lassen. Dass Herr Kühme trotzdem in jeder seiner zahlreichen Stellungnahmen in der NWZ diesen realitätsfernen Vorschlag wiederholt, dient wohl eher dazu die allgemeine Empörung über Umsatzeinbußen, Verkehrschaos und den Prestigeverlust der Stadt auf die GegendemonstrantInnen zu verlagern. Um sich von jeder Verantwortung freizusprechen behauptete Kühme, dass ihm die Hände gebunden seien. Dabei verschweigt er, dass er zwar kein Verbot aussprechen, aber jederzeit den Aufmarsch aufgrund einer gefährdeten Sicherheitslage abbrechen kann. Genau das passierte im Oktober 2001 als die Einsatzleitung nicht so eine Entschlossenheit an den Tag legte, den Naziaufmarsch mit allen Mitteln durchzuprügeln und nach wenigen hundert Metern entschied, den Aufmarsch zu beenden.

Die NWZ interessierte sich derweil nur für die Parkplatz- und Umsatzproblematik. Die Tatsache, dass das erste Mal seit 1945 FaschistInnen einen Aufmarsch in Oldenburg durchführen konnten, fiel vor lauter Wehklagen über die Begleitumstände hinten runter. Wie abzusehen gelang die Spaltung der GegendemonstrantInnen in „autonome Krawallmacher und Demonstranten mit ernsthaftem politischem Anliegen" (Leserbrief Kühme, NWZ 23.09) nicht. Das Bündnis gegen Rechts meldete Kundgebungen am Stau, Pferdemarkt, Bahnhofsvorplatz und am ZOB an. Das Motto „Keinen Meter" stand für das Ziel aller beteiligten Gruppen den Aufmarsch der Nazis nicht nur zu stören, sondern zu verhin-

dern, nämlich indem der Bahnhof von beiden Seiten blockiert werden sollte. Eine Brücke von Gleis 1 auf den Parkplatz neben der Post, die der THW am Abend vorher baute, ließ jedoch die Blockaden zu schnöden Kundgebungen verkommen. Schon morgens hatten die Bullen den Bahnhofsvorplatz mit Absperrgittern in zwei Hälften geteilt. Um 10 Uhr sammelten sich etwa 1000 GegendemonstrantInnen auf dem Bahnhofsvorplatz und etwa 400 beim ZOB. Um Viertel vor Eins gingen die etwa 70 Nazis los. Als klar wurde, dass die Nazis den Bahnhof gen Süden verlassen würden, gab es eine Spontandemo vom ZOB Richtung Pferdemarkt, um am Lappan auf die Route zu kommen. Diese wurde jedoch von der Polizei durch einen massiven Übergriff mit Knüppeln und Pfefferspray in der Heiligengeiststraße gestoppt. Die eingekesselten GegendemonstrantInnen in der Raiffeisenstraße wurden ebenfalls angegriffen und größtenteils in Gewahrsam genommen. Das Bahnhofsviertel und die Innenstadt waren zu diesem Zeitpunkt schon komplett abgeriegelt. Damit verhinderte die Polizei, dass sich größere Gruppen von GegendemonstrantInnen an oder auf der Nazi-Route sammeln konnten. Trotzdem gelang es entlang der gesamten Route aus jeder Seitenstraße die Nazis mit Rufen, Transparenten, Stein-, Flaschen-, Pfirsich- und Gemüsewürfen zu begleiten. Durchbruchsversuche scheiterten an der Übermacht der Polizei. Auf dem Paradewall schafften es einige hundert Menschen kurzzeitig die Route zu blockieren, wurden aber ebenfalls brutal weggeräumt. Am Schloßplatz traf dann der Lautsprecherwagen der Nazis ein. Dort hielten diese eine weitläufig abgesperrte Zwischenkundgebung ab. Danach zogen sie weiter zum Pferdemarkt, wo sie - begleitet vom Protest von 1500 GegendemonstrantInnen, also dem Teil der es noch irgendwie bis dahin geschafft hatte - eine weitere Zwischenkundgebung abhielten. Von da aus gingen sie weiter zum Bahnhofsvorplatz. Während die Nazis dort ihren Aufmarsch beendeten, wurde ein Großteil der GegendemonstrantInnen am ZOB solange eingekesselt, bis die Nazis fast alle mit dem Zug weggefahren waren. Vom ZOB aus gab es eine Spontandemo über den Pferdemarkt bis zum Alhambra.
Insgesamt wurden an diesem Tag 17 Leute festgenommen und 100 in Gewahrsam genommen. Außerdem wurden 194 Platzverweise ausgesprochen. Zahlreiche GegendemonstrantInnen wurden durch Pfefferspray, Tritte und Knüppel der Polizei verletzt.





Ein kleiner Pressespiegel:

DIABOLO Nr.36/05

Ausnahmezustand in der City NPD-Demonstration in Oldenburg

Der Besuch in der Oldenburger Innenstadt ist gerade an Samstagen eine angenehme Sache, shoppen, flanieren und in Cafes pausieren. Polizeiliche Kontrollen gehören gewöhnlich nicht zu diesen Vergnügen. Anders letzten Samstag. Bereits an der kleinen Brücke über dfe Haaren hinter dem Staatstheater war eine Polizeikontrolle stationiert. Am Eingang zur Innenstadt, Ecke Gaststrofle die gleiche Auffälligkeit, und dazu lange Kolonnen von Polizeitransportern auf dem Theaterwall.
Ursache dieser Maßnahmen waren rund 80 Anhänger der rechtsextremen NPD, die von der Stadtverwaltung eine umfangreiche Demonstrationsroute genehmigt bekamen: Start am Bahnhof, dann entlang der Moslestraße, über Staugraben und Poststraße zum Schloßplatz (Kundgebung). Von dort weitet über Theater- und Heiligengeistwall zum Pferdemarkt (Kundgebung). Dann zurück zum Bahnhof. Der Bahnhof als Ausgangs- und Endpunkt hatte durchaus Sinn, kamen doch die meisten NPDler mit dem Zug aus Verden und anderen Teilen Norddeutschlands. Ihre Kundgebungen und Demonstration fanden in der Zeit von 12.00 bis 18.00 Uhr statt. Ganz unpolitisch kann so von einer maximalen Verkehrsbehinderung rund um die City gesprochen werden, denn zum Prorest gegen den rechtsradikalen Aufmarsch hatten der Stadtrat ebenso wie der DGB, verschiedene politische Parteien und gesellschaftliche Gruppen aufgerufen. So sammelten sich im Bahnhofsviertel 1000 bis 2000 Demonstranten vor den Absperrungen der Polizei, die nach eigenen Angaben mir etwa 3.000 Beamten in die Stadt eingrückt war. Mit diesem Personal nahm die Einsatzleitung eine äußerst extensive Absperrung vor, Speziell im Bahnhofsviertel war dir Bewegungsfreiheit der Bürger, ob Demonstrant, Bewohner oder Bahnreisender, erheblich eingeschränkt, was laut inoffizieller Polizistenäußerung aus Sicherheitsgründen geschah.
Ähnlich massiv die Absperrung am Heiligengeistwall. Mag diese Maßnahme zur Abschirmung der NPD-Demonstration aus polizeilicher Sicht gerechtfertigt gewesen sein, so fragten sich nicht nur Kaffeehausbesucher, warum 30 Minuten nach dem Vorbeimarsch der braunen Truppe die Kreuzung zur Heiligengeiststraße immer noch gesperrt war. Eine Vielzahl solcher Ungereimtheiten ließe

sich hier aufzählen, und nicht wenige stellten sich die Frage, warum eine so weitläufige, verkehrsbehindernde Demonstrationsroute genehmigt worden war, dafür 3000 Bereitsschaftspolizisten unter anderen aus Leipzig, Brandenburg und Bremen nach Oldenburg gefahren, und große Teile der Innenstadt und des Bahnhofsviertels in eine Art Ausnahmezustand versetzt wurden.
Von den OldenburgerInnen, die sich in der Protestkundgebung gegen den NPD-Umzug. engagierten, ging zumindest dem Augenschein nach keine gewalt aus. Vereinzelt flogen Eier und einschlägig bekannte Gemüsesorten durch die Luft. Ansonsten war die Stimmung bestimmt von politischem Protest und leichter Festival-Atmosphäre. So haben Stefan und Jörn von der Gegenkundgebung in Oldenburg auf dem Stemwede- Festival erfahren. Janek, Astessa und Leo hatten davon in der Schule (Graf-Anton-Günter-Gymnasium) erfahren, genauso wie Tanja, Nina und Karin (Realschule Kreyenbrück). Geduldig protestierten auch Rebecca (Studentin Politik/Anglistik) und Stefan (Student Mechatronik) an der Straßensperre Raiffeisenstraße, während am 'Checkpoint' Osterstraße auch der Zugang zur Innenstadt verweigert wurde. Die Oldenburger beantworteten diese rigorose Abschottung je nach Alter mit Kopfschütteln oder Fußballspielen. Da hatten die Verkäuferinnen in der Staustraße andere Sorgen. Wenngleich der Marsch der Rechtsradikalen auf der östlichen Seite des Staugrabens stattfand, war auch die westliche Seite am Rand der City von der Polizei komplett gesperrt. Niemand durfte die Staustraße Richtung Bahnhof verlassen. Wer also sein Auto dort geparkt hatte oder mit dem Zug fahren wollte, hatte keine Chance, pünktlich nach Hause zu kommen.
Trotz der weiträumigen Absperrungen, kam es Ecke Amalienstraße/Poststraße zu einer Konfrontation der Polizei mit den Gegendemonstanten. Die oft überfordert wirkenden Polizistinnen mußten für die NPD den Weg freiräumen. Dabei kam es zu Festnahmen, die mit nicht unerheblicher Härte vorgenommen wurden. Eher entspannt ging es dagegen auf dem Pferdemarkt zu. Zwei Reihen Bereitschaftspolizei trennten die NPD-Kundgebung von den Gegendemonstranten.
Die machten ihre eigene Kundgebung und brachten ihren zahlreichen Protest gegen die "Nazis" mit Reden, Sprechchören und Musik zum Ausdruck. Und immer wieder stellten sich Passanten die Frage. warum für 80 NPD-Anhänger soviel Aufwand betrieben wird, der nebenbei dem Steuerzahler eine Menge Geld gekostet haben dürfte.
In Oldenburg zumindest hätte eine kurze Routenführung viel Ärger und Kosten gespart. Denn mit ertheblichem Widerstand gegen rechtsextreme Gruppierungen wird in dieser Stadt wohl auf Dauer zu rechnen sein. Die Gründe dafür lieferten die Nationaldemokraten in ihren Reden und spielten zum Abschluß ihrer Kundgebung, mit voller Lautstärke die erste Strophe des Deurschlandliedes, so dass jeder, ganz ungefragt, Zeuge wurde, wes Geistes Kind diese Partei ist.

Nordwest-Zeitung 05. September 05

Oldenburg erlebt größten Polizeieinsatz

DEMO: 3000 Beamte sichern rechtsradikale Kundgebung - 2,5 Millionen Euro Kosten - Keine Krawalle - Die NPD-Demo ging ohne Ausschreitungen ab - Ein Rekordaufgebot der Polizei sorgte dafür

OLDENBURG. Das war der größte und teuerste Polizeieinsatz in der Geschichte Oldenburgs: 3000 Beamte mit 600 Fahrzeugen rückten am Sonnabendmorgen in die Innenstadt, um einen vierstündigen Aufzug von rund 90 Anhängern der rechtsextremen NPD zu schützen. Kosten für den Einsatz: Rund 2,5 Millionen Euro. Dazu noch Einnahmeausfälle in vielen Läden.
Etwa 1500 Gegendemonstranten, darunter viele Schüler protestierten an der von Polizisten abgeriegelten 3,7 Kilometer langen Strecke (vom Bahnhof über Wallring zum Pferdemarkt und wieder zurück zum Bahnhof). In dieser Zeit kam es zu massiven Verkehrsbehinderungen.
Schwere Ausschreitungen blieben aber aus. Allerdings flogen Äpfel und Eier, vereinzelt auch Steine, Flaschen, Knallkörper in Richtung NPD. In der Osterstraße sogar zwei Molotowcocktails.
Nachdem Demonstranten die Absperrungen an der Osterstraße und in Höhe Amalienstraße durchbrochen hatten, kam es zu kurzen Blockaden und Rangeleien mit Polizisten. Laut Polizeisprecher Sascha Weiß zogen sich zehn Beamte leichte Verletzungen zu. Die Einsatzkräfte nahmen 17 Demonstranten (u.a. wegen Landfriedensbruchs) fest, etwa 100 Protestler kamen vorübergehend in Gewahrsam, 194 erhielten Platzverweise.
Nach dem NPD-Aufzug zogen gegen 17 Uhr etwa 250 Gegendemonstranten vom ZOB zur Hermannstraße.
NPD-Anhänger und mit Eisenstangen bewaffnete Gegendemonstranten trafen später am Bahnhof in Sandkrug aufeinander. Es gab drei Verletzte, die Polizei nahm vier Personen fest.

TAZ 05. September 04

Polizei hilft NPD beim Wahlkampf

Samstag morgen um halb zehn in Oldenburg: Viele Menschen waren wegen des Neonaziaufmarschs in die Innenstadt gekommen. Nicht nur Jugendliche

wollten zu einer der vier Gegenaktionen. "Wir zeigen unser Gesicht", sagte der DGB-Kreisvorsitzende Manfred Klöpper auf der Kundgebung vor dem Bahnhof. Er sprach auch die Polizei an: "Ihr seid nicht hier, weil wir hier sind, sondern weil ihr die NPD schützt. Das ist das Problem." Klöpper, der auch für das "Oldenburger Forum gegen Rechts" auftrat, betonte, es gebe keine "guten" oder "schlechten" Antifaschisten, denn nur zusammen könnte der Marsch verhindert werden. Diesen Samstag gelang den über 3.500 Demonstranten aber nur die Behinderung. Über 3.000 Polizeibeamte setzten die von dem stellvertretenden niedersächsischen NPD-Landesvorsitzenden Adolf Dammann verantwortete Wahlkampfaktion durch.

Es war das dritte Mal, das Neonazis zur Bundestagswahl durch norddeutsche Städte zogen. Die Märsche waren bisher die einzigen größeren Wahlkampfaktionen der Partei im Norden, daneben gibt es aber reglmäßig Infostände in Hamburg, Bremerhaven, Grevesmühlen, Hannover und Verden, wo die dünne Wahlkampfzeitung "Nicht meckern, handeln" an Passanten und die neue "Schulhof-CD" an Jugendliche verteilt wird. Nicht immer ungestört: Am Samstag musste die Polizei in Rendsburg einen NPD-Infostand vor Protesten schützen.

Von einem offensiven Wahlkampf sprach nicht mal der niedersächsische Landesvorsitzende Dammann, der für den Bundestag kandidiert. Die Partei weiß um ihre geringen Chancen. Denn der vorgezogene Termin macht ihr zu schaffen. Eigentlich war der Plan, nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern gestärkt in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Die NPD-Kandidaten sollten bis 2006 in der Gesellschaft verankert sein, und das Thema Sozialpolitik wollten sie in den Medien verstärkt besetzen.

Doch jetzt sind auch gestandene NPDler wie der niedersächsische Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld, der auf Platz 1 kandidiert, wenig kampfesfroh. Zu dem Aufmarsch in seinem Wohnort kam er nicht. "Hochzeitstag", hieß es. Er ist nicht der einzige, der am Samstag fern blieb. Nur knapp 100 "Kameraden" liefen hinter dem NPD-Plakat "Demokratie und Toleranz auch für Deutsche" durch Oldenburg. "Nazis Raus"-Rufe ärgerten Hans-Gerd Wiechmann, einst Landesvorsitzender bei den "Republikanern", nun NPD-Bundestagskandidat, der über die "Schwulen, Lesben und Kriminellen" in der Politik schimpfte. "Die Juden sind nicht unser Unglück, sondern die SPD", wetterte der stellvertretende Landesvorsitzende Dammann, während im Hintergrund Rio Reisers "Alles Lüge" aus einem Haus schallte. Zu den Vorbestraften auf den NPD-Landeslisten sagte Dammann aber nichts. Als da wären: Heinrich Förster, verurteilt wegen versuchten Mordes, Markus Winter wegen Körperverletzung oder Jürgen Rieger, ebenso wegen Körperverletzung.

Gegen halb fünf endete der Wahlauftritt am Bahnhof mit dem Singen des Deutschland-Lieds, selbstverständlich alle drei Strophen. Geneigte Wähler waren den Kameraden auf der Route nicht begegnet. Stattdessen erklangen von den Absperrungen immer wieder Rufe wie "Schöner Leben ohne Nazis", manchmal flogen Obst und Eier. Zwei Mal konnten Demonstranten die Route blockieren. Über 100 Personen wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen. Zu sechst stürmten Polizisten einem Eierwerfer hinterher, zerrten ihn aus einer Gaststätte, um ihn festzunehmen. Andere Demonstranten trieb die Polizei vor sich her, schlug auf sie ein und führte sie ab.

Die Polizei soll nach taz -Informationen auch Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt haben. "Das kann ich nicht bestätigen", erklärte ein Polizeisprecher, meinte aber: "Wenn ja, dann in Notwehr." Schließlich seien sie auch mit Flaschen und Steinen beworfen worden.

taz Nord, Andreas Speit

Wir holen uns die Straße zurück!

Am 03.09.05 ermöglichten es 3000 PolizistInnen 80 Nazis einmal um die Innenstadt zu marschieren. Mehrere tausend GegendemonstrantInnen versuchten mit vielfältigen Aktionen den Naziaufmarsch zu verhindern. Das scheiterte an der massiven Polizeipräsenz. Stundenlang wurden Tausende GegendemonstrantInnen und PassantInnen in der Innenstadt eingesperrt oder in anderen Straßen eingekesselt und festgehalten; und das, während den Nazis sogar eine Brücke gebaut wurde (und zwar von Gleis 1 auf die Moslestraße, um die FaschistInnen an den GegendemonstrantInnen vorbeizubekommen). Die Durchsetzung der Wunschroute der Nazis war nur durch die unverhältnismäßigen Übergriffe der Polizei möglich. Sie setzte massiv Schlagstöcke und Tränengas ein, es gab zahlreiche Verletzte und viele Festnahmen.

Wir wenden uns gegen eine Politik, die sowas möglich macht und die Polizei, die das durchsetzt!

Keinen Meter den FaschistInnen - nirgendwo!

Demo + 8. Oktober + 14.00 Uhr + Bahnhofsplatz

+++ Literaturseite +++ Literaturseite +++ Literaturseite +++ Literaturseite +++

Mord & Totschlag rund um den npd Aufmarsch

OLDENBURG in Aufruhr (ein Knicktext)

Oldenburg- am Samstag den 3.9.05 kam es in dem malerischen Städtchen an der Hunte zu einem Ausnahmezustand. 2.3 Mio. linksradikaler Plünderer forderten die Herausgabe einer Minderheitspartei, deren Mitglieder man mit fug und recht in der unterzahl sah. 17 an der Zahl, wurden sie mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot (462 Hundertschaften) durch die Stadt eskortiert bei den unausweichlichen folgenden Schießereien, wurde zum Glück Niemand schwer verletzt. Lediglich einundzwanzigtausend Autonome und 371 Polizisten sowie 1 Nazi

mussten auf Grund des Raketeneinschlags, den die Regierung Oldenburgs, vorsichtshalber veranlasste, ihr Leben lassen. Im Vorfeld der Demo hatte die npd das vierte reich proklamiert und wurde augenscheinlich berühmt. Seitdem rennt eine welle der Angst durch Oldenburg. besonders in alternativen kreisen munkelt man, Adolf Hitler sei zurückgekehrt und suche als Geist das Alhambra heim. Der Oldenburger FDP-Pressesprecher meinte dazu in einem Interview. "wenn das wirklich stimmt, dann können wir alle mit mindestens 200 Jahren Schützenfest rechnen". Die gewöhnlichen Bürger waren empört. Wer versuchte sich frei zu bewegen wurde Opfer der verwirrenden Barrikadenlabyrinthe und ging unweigerlich zu Grunde. an allen wichtigen Punkten der polizeilichen Barrikaden wurde erbittert gekämpft. Handgranaten, Eier und Flaschen flogen in Massen. die dabei entstandenen Sachschäden sind unversichert und gehen in die Millionenhöhe. Die Situation eskalierte als ein Demonstrant mit einem Ei genau die Linse auf einem Überwachungsfahrzeug traf. darauf hin wurde er unverzüglich erschossen. Es war ein versehen. Leider befand er sich genau dort, wo der Kugelhagel meinte ebenfalls sein zu müssen", so der Polizeisprecher. insgesamt wurden bei der Polizeiaktion 3453 Festnahmen gemacht, woraufhin das Gefängnis von Oldenburg wieder einmal vergrößert werden musste. Keiner weiß allerdings genau wie nun im weiteren verfahren werden soll. Die Gefängnisse quellen über und die Straßen sind übersäht mit Trümmern ."zustände wie nach dem Krieg" Äusserste sich der US- Außenminister in einem eil-„briefing", "wir erwägen eine Intervention"! dass dies aber nicht im sinne der Oldenburger sein kann, zeigen allein die Kosten.

Text alfred hiller & alfons hütter

Im Aufschwung: Neofaschistische Bestrebungen in Kroatien und Serbien

In den Nachfolgestaaten der 1991 zerbrochenen „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" entwickelte sich mit dem Zusammenbruch des politischen Monopols des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" und im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren eine breit gefächerte extrem rechte Szene. *Von Boris Kanzleite*

Trotz des vorläufigen Endes bewaffneter Auseinandersetzungen um die Konstituierung ethno-national begründeter Nationalstaaten konnten sich die Neofaschisten in den vergangenen Jahren nicht nur konsolidieren, sondern sie gewinnen sowohl in Kroatien als auch in Serbien derzeit wieder an Bedeutung.

In Kroatien fungiert unter Neofaschisten vor allem der Vergangenheitsbezug auf den Zweiten Weltkrieg als identitätsstiftender Referenzpunkt. 1941 war unter deutsch-italienischer Besatzungsherrschaft der von der kroatischen faschistischen „Ustascha'-Bewegung geführte „Unabhängige Staat Kroatien" (NDH) ausgerufen worden, in dem bis 1945 ein planmäßiger Völkermord verübt wurde. Von der internationalen Medienöffentlichkeit weitgehend unbeachtet, ist die „Ustascha"-Begeisterung in Kroatien, welche zunächst mit dem Kriegsausbruch 1991 aufwallte, nach dem Ende des Krieges 1995 und dem Tod des nationalistischen Staatsgründers Franjo Tudjman Ende 1999 zwar zurückgegangen, aber keineswegs abgeklungen. So feiert heute beispielsweise der neofaschistische Sänger Marko Perkovi unter seinem Künstlernamen „Thompson" - dem Namen einer von der „Ustascha" benutzten Maschinenpistole — ungebrochen Publikumserfolge und wird in Mainstream-Medien unkritisch als Rockstar präsentiert. Im Song „Jasenovac" glorifiziert „Thompson" die Vernichtung der nicht-kroatischen Bevölkerung und kroatischer Antifaschistinnen im Zweiten Weltkrieg im KZ Jasenovac und kann auf Konzerten regelmäßig Tausende Fans begeistern.

Neben Musikgruppen wie „Thompson" agieren verschiedene Kriegsveteranenverbände, Fußballhooligan-Gruppen und eine Reihe von politischen Organisationen. Eine größere Bedeutung kommt hier derzeit vor allem der „Partei des Staatsrechtes" (HSP) unter Führung von Anto Bapi zu. Die HSP formierte 1991 die paramilitärischen HOS-Verbände (Kroatische Verteidigungskräfte). Deren Mitglieder trugen schwarze Uniformen, die an die historische „Ustascha" erinnerten. Das Ziel von HSP und HOS bestand in der Vertreibung der serbischen Minderheit und der Einschluss von Bosnien und Teilen von Serbien. Während die politische Bedeutung der HSP Mitte der 1990er Jahre deutlich zurückging, erlebte sie in den vergangenen zwei Jahren einen erneuten Aufschwung. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2005 konnte sich Oapi als Bürgermeister von Osijek durchsetzen. Als Ziel für die nächsten Parlamentswahlen hat sich die HSP 15 Prozent gesetzt.

Die Erfolge der sich mittlerweile etwas gemäßigter präsentierenden HSP sind vor allem ihrer Opposition gegen die klerikalkonservative, von Franjo Tudjman gegründete „Kroatische Demokratische Gemeinschaft" (HDZ) zu verdanken, die seit 1991 - mit Unterbrechung zwischen 2000 und 2003 - regiert. Tudjmans Nachfolger als Partei- und Regierungschef, Ivo Sanader, trimmte die HDZ im Zuge des beabsichtigten EU-Eintritts Kroatiens auf eine proeuropäische Linie. Insbesondere Sanaders Versöhnungsgesten gegenüber der serbischen Minderheit stießen dabei auf den Unmut der nationalistischen Wählerschaft, die teilweise zur HSP abwandert. Allerdings verbleiben trotz des Reformkurses von Sanader auch in der sich heute als christdemokratisch definierenden HDZ Sympatisanten des „Ustascha"-Regimes, die weiterhin auch vor öffentlicher Verehrung des „Ustascha"- Führers Ante Paveli nicht zurückschrecken.

Ähnlich wie in Kroatien entstand auch in Serbien mit der „Serbischen Radikalen Partei" (SRS) des Paramilitärführers Vojislav Seselj zu Beginn der 1990er Jahre eine starke extreme Rechte, die sich über einen militanten Anti-Jugoslawismus definierte. Im Gegensatz zur Neo-„Ustascha" Kroatiens sah sich die SRS aber nicht in der Tradition einer offenen faschistischen Kollaborationsbewegung mit der nationalsozialistischen deutschen Besatzungsmacht in Serbien, sondern definierte sich ganz im Gegenteil als deutlich deutschfeindlich. Referenzpunkte im internationalen extrem rechten Spektrum sah die SRS - welche in den 1990er Jahren zeitweise in der Regierung Slobodan Milosevi s vertreten war, ihn zeitweise aber auch aggressiv von rechts bekämpfte - dagegen im „Front National" von Jean Marie Le Pen und den russischen Rechtsextremen um Vladimir Shirinovski.

Nach der Kampfperiode zu Beginn der 1990er Jahre, als Paramilitärs der SRS auf die Schlachtfelder in Kroatien und Bosnien zogen, erlebte die Partei seit dem Sturz Slobodan Milosevi s im Oktober 2000 einen zweiten Frühling. Ihr derzeitiges Erfolgsrezept beschreibt die Parteiideologin und Bürgermeisterin von Novi Sad, Maja Gojkovi, treffend als den Versuch einer „Mischung von Chomsky und Le Pen". Die SRS stellt sich als Anti-Establishment-Partei gegen die regierenden Konservativen und Neoliberalen der Regierung von Vojislav Kostunica und der in Opposition stehenden „Demokratischen Partei" des erschossenen Zoran Djindji dar. Dabei greift sie geschickt den verbreiteten Unmut über die miserable soziale Situation auf und mischt diesen mit antiwestlichen Verschwörungstheorien. Bei den Parlamentswahlen Ende 2003 konnte sie so als stärkste Einzelfraktion in das Belgrader Parlament einziehen und steht bei Umfragen derzeit bei über 30 Prozent.

In den vergangenen zwei Jahren zeichnet sich in Serbien neben der Stärkung der SRS auch ein Anwachsen neo-nationalsozialistischer Gruppen ab. Für öffentliches Aufsehen hat in diesem Spektrum in letzter Zeit vor allem der serbische Ableger des „Blood & Honour"- Netzwerkes gesorgt, der Ende Juni ein gut besuchtes Konzert in Novi Sad organisierte. In diesem Spektrum, das vor allem in der starken Hooliganszene mobilisierungsfähig ist, bewegt sich auch die Jugendorganisation „Obraz" (Ehre). Diese Gruppe konnte im März 2004 nach antiserbischen Pogromen im Kosovo mehrere tausend Jugendliche mobilisieren, aus deren Reihen in Belgrad die Moschee angegriffen und in Brand gesetzt wurde. Im Juli 2001 zerschlug „Obraz" mit Gewalt den Versuch, in Belgrad eine Gaypride zu organisieren. Nur durch Schusswaffeneinsatz der Polizei konnte verhindert werden, dass Teilnehmerinnen der Gaypride ermordet wurden. „Obraz" bezieht sich ideologisch auf die faschistische „Zbor" („Versammlung")-Bewegung von Dimitrije Ljoti , die im Zweiten Weltkrieg eng mit der deutschen Besatzungsmacht kollaborierte. Neben Anti-Muslimischen und Anti-Kroatischen Ideologien zeichnet sich „Obraz" auch durch einen aggressiven Antisemitismus aus. (DRR Nr. 96)

Nazi-Skins in Russland:
Entstehung, Verbreitung und Aktivitäten

Die ersten Nazi-Skinheads tauchten in Russland Anfang der 1990er Jahre auf. Sie verbreiteten sich stark nach dem gescheiterten Putschversuch im Herbst 1993.

Von Devi Dumbadze & Maxim Kammerer

Die Bewegung ging zunächst von den Großstädten Moskau, Sankt-Petersburg und Nischnij Novgorod aus. Es entstand eine eigene Subkultur, die eng mit der Hooligan-Szene kooperierte. Eine wichtige Rolle für ihren Erfolg spielte die außerordentlich große Menge an nationalistischer Propaganda, die in dieser Zeit von den so genannten Kommunisten, u.a. der KPR und den Anhängern der orthodoxen Kirche verbreitet wurde. Werke wie „Mein Kampf" bzw. „Doktrin des Faschismus" von Hitler und Mussolini wurden an jeder Straßenecke verkauft.

In den Jahren 2000 bis 2003 zogen die Nazi-Skins mehrmals in Gruppen von einigen Hunderten, mit Messern und Schlagstöcken bewaffnet, durch die Straßen von Moskau und Sankt-Petersburg und schlugen Menschen zusammen, die nicht „slawisch" aussahen. Dabei gab es mehrere Tote und Verletzte, jedoch kaum Festnahmen oder Verurteilungen, so das Forschungszentrum „Sova Center". Nachdem diese neonazistischen Umtriebe durch eine massive Berichterstattung über diese Überfälle in den Medien öffentliche Aufmerksamkeit erhielten, war es plötzlich „schick", ein Skinhead zu sein. So hat sich ihre Anzahl nach diesen Ereignissen vervielfacht.

Gegenwärtig gibt es in ganz Russland 50.000 Nazi-Skinheads, davon ca. 5.000 in Moskau, 3.000 in St.-Petersburg, jeweils mehr als 1.000 in Niznij Novgorod, Rostov, Ekaterinenburg, Krasnodar und Hunderte in kleineren Städten.

Die meisten Gruppen sind lediglich kleine Banden von 10-15 Jugendlichen, die in der Regel Schüler oder Studenten sind. Doch es gibt auch größere Gruppierungen, so zum Beispiel „Vereinte Brigaden 88" und „Hammerskin Nation", die, Eigenaussagen zu Folge, jeweils über 200-300 Militante verfügen. Diese größeren Gruppen sowie andere Splitter der ehemaligen Naziskinpartei „Russische Nationale Einheit" (RNE) sind strikt hierarchisch organisiert und arbeiten konspirativ. Ihr Ziel ist der Sturz der Regierung und eine braune Revolution.

Die wichtigste dieser Gruppen scheint gegenwärtig die von Dmitrij Demuschkin geführte SS („Slawjanskij Sojus", „Slawisches Bündnis") zu sein, die sich ganz eindeutig auf eine „Stunde Che", in der die Revolution ausbrechen soll, vorbereitet.

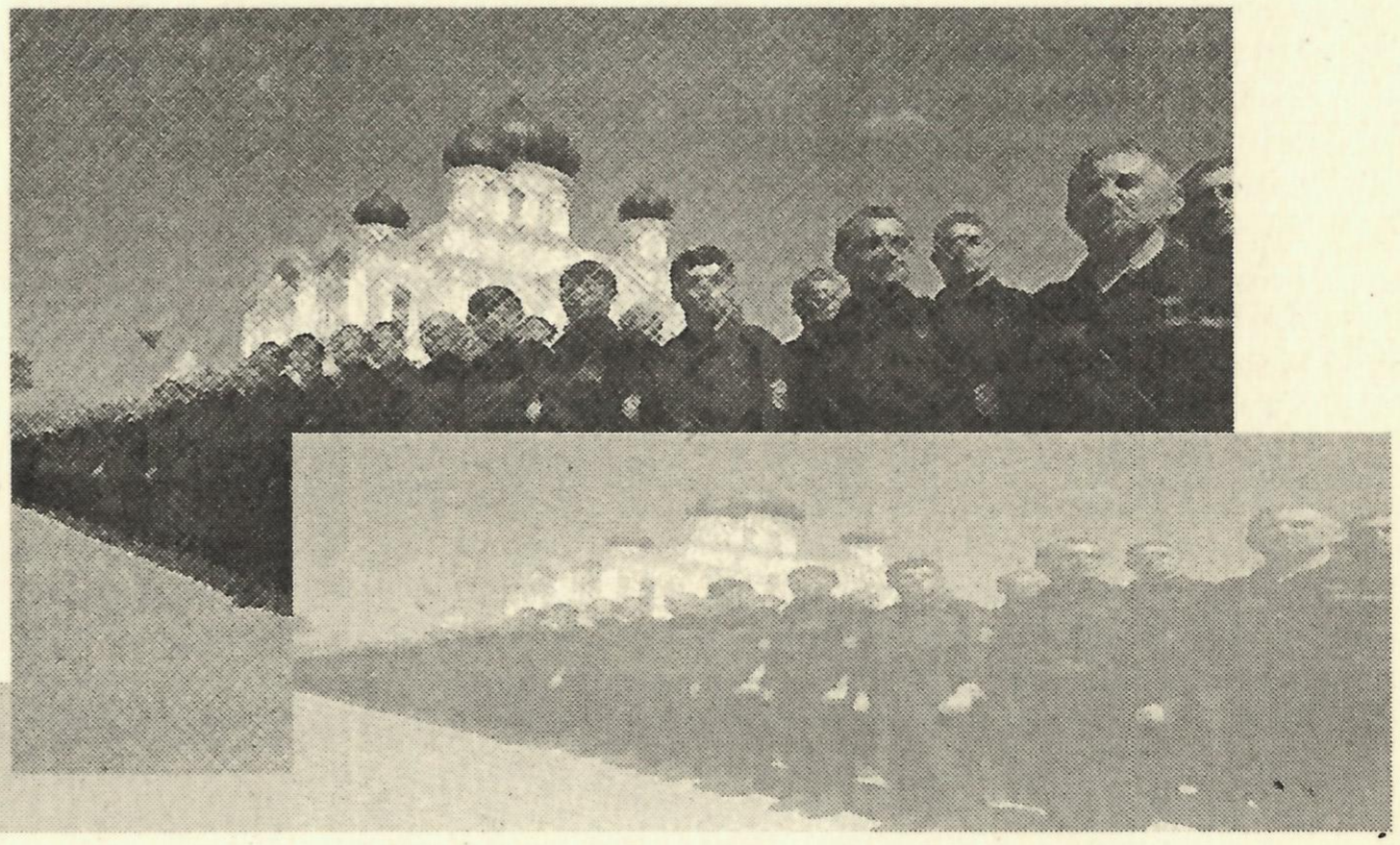
Doch auch die als Parteien registrierten Gruppen wie DPNI (Dwischenie protiw nelegal'noj imigrazij, „Bewegung gegen illegale Migration") und „Rodina" („Heimat") unterstützen sie. Die extrem rechte Partei „Rodina", die nach eigenen Angaben über 100.000 Mitglieder verfügt und vierzig Sitze im russischen Parlament hat, wird gerade in den letzten Monaten von den militanten Nazi-Skins unterwandert. Diese Partei hielt am 11. Juni diesen Jahres ihren 5. Kongress, auf dem neben anderen prominenten ausländischen Gästen auch der ehemalige Kanzler Helmut Schmidt sowie der ehemalige Bezirks Vorsitzende der PDS in Friedrichshain, Wolfgang Grabowski, anwesend waren.

Die Aktivitäten der Nazi-Skinheadgruppen bestehen vor allem in den spontanen militanten Aktionen gegen „nicht-slawisch" Aussehende, Jüdinnen und alternative Jugendliche. Während es im Jahr 2003 etwa 20 Opfer dieser Angriffe gab, wurden im Jahr 2004 bereits über 45 Tote gemeldet. Die Propaganda an den Schulen (mit der Zielgruppe von 11-bis 14-Jährigen) und an den speziell für diese Zwecke eingerichteten Kampfsportclubs ist ihr anderes Tätigkeitsfeld. Filme wie „Fight Club" spielen dabei eine große Rolle.

Ein Propaganda-Mittel, das vor allem in den letzten Jahren immer aktiver benutzt wird, ist das Internet. „Sova Center" meldet insgesamt über 180 Naziseiten. Die größeren von diesen Seiten dienen jedoch nicht der Propaganda, sondern der Vernetzung (über die Foren] und der Verbreitung von Medienprodukten (Videos. Filme, Flyer, Poster). Vor allem in den letzten Wochen gab es vermehrt Hacker-Angriffe von den Nazis auf Seiten, die über die Skinheadszene forschen sowie auf Seiten von jüdischen Organisationen. Darüber hinaus werden über das Internet gezielt Personen „gestalked" und anschließend deren Daten samt Mordaufrufen in den Foren verbreitet.

Weiterhin beliebt auf den Internetseiten sind die Anleitungen zur Herstellung von Waffen. Über das Internet wird zunehmend darauf hingearbeitet, dass sich so unterschiedliche Gruppen wie Hools, „Rodnoverii" („Neuheiden"), Paramilitanten und Wertkonservative (z.B. die Anhänger des Zarenreichs) sowie Gruppen aus unterschiedlichen Städten vernetzen und eventuell eine gemeinsame „NS-Skin"-Identität gewinnen.

Die staatlichen Organe und die Polizei versuchen meistens die bloße Existenz der Nazi-Skinheads zu leugnen oder klein zu reden. Die Nazi-Skinheads werden öfter nach einer Festnahme freigelassen und es kommt kaum zu Verurteilungen, wie der unabhängige Experte Aleksand Tarasow berichtet. An einigen Orten, wie z.B. Krasnodar, Stavropol und Pskov, werden sie nicht nur geduldet, sondern auch von den offiziellen Organen unterstützt. Aber auch in Moskau wurden einige Neonazigruppen von der OMON (Sondereinheiten der Polizei) im Nahkampf ausgebildet. Trotz alldem gibt es auch in Russland einige Antifa-Gruppen, die vor allem aus SHARP und RASH-Skins bestehen. Jedoch sind sie den Nazis zahlenmäßig stark unterlegen und werden von dem Föderalen Sicherheitsdienst massiv unter Druck gesetzt. (DRR Nr. 96)

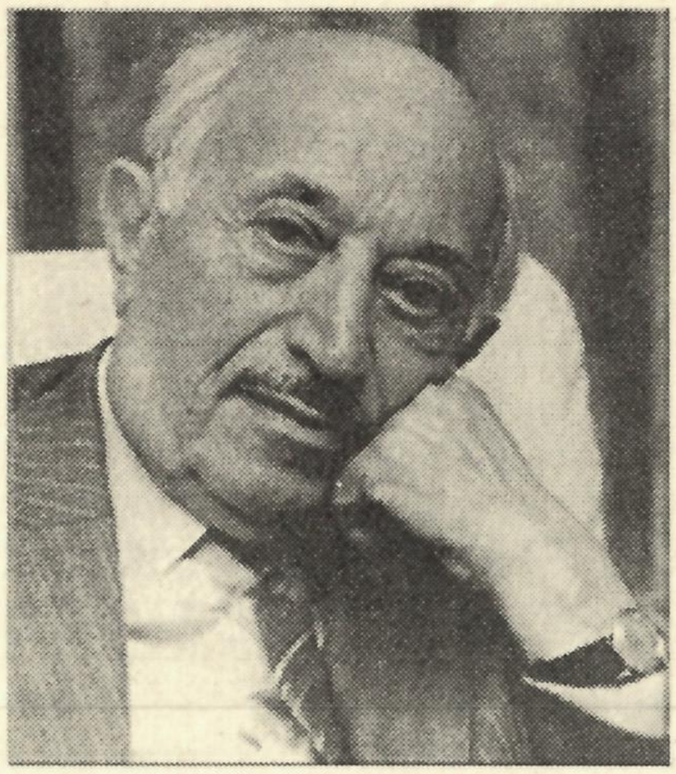


Aus Anlass des Todes von Simon Wiesenthal:

Der Doyen der internationalen Täter(aus)forschung: Simon Wiesenthal im Portrait

Biographen, Journalisten, Freunde und Gegner haben Simon Wiesenthal mit zahlreichen Etikettierungen versehen. Je nach Motivation wird Wiesenthal als „Unbequemer Zeitgenosse", „Obsessiver Wahrheitssucher", „lebene Legende", „Störfaktor" und „Provokateur" der österreichischen Innenpolitik, „Gestapo-Kollaborateur", „Personifiziertes jüdisches Gewissen", „Don Quichotte oder James Bond", „Praktischer Philosoph" oder - geläufigste und zum Synonym gewordene Beifügung - „Nazi-Jäger" bezeichnet.

Simon Wiesenthal selbst bezeichnet sich in seinen Erinnerungen als „Kriminalist", Briefe unterschreibt er als „Diplomingenieur" und mit dem Zusatz „Leiter des Dokumentationsarchivs des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes". Der am 31. Dezember 1908 in Buczacz, Galizien, damals zu Österreich-Ungarn, heute zur Ukraine gehörend, geborene Wiesenthal hatte in Prag und Lemberg Architektur studiert und sein Studium 1940 abgeschlossen, was 35 Jahre später übrigens von Bruno Kreisky angezweifelt wurde. Mittlerweile ist Dipl.-Ing. Simon Wiesenthal vielfacher Ehrendoktor. Die britische Journalistin Hella Pick, von der die jüngste Wiesenthal-Biographie stammt, hat genau mitgezählt: Anfang Dezember waren es 18 Ehrendoktorate, die Wiesenthal von Universitäten auf der ganzen Welt überreicht worden waren. Sieben der Ehrendoktorate stammen, ganz im Sinne von Simon Wiesenthals Lebens- und Arbeitsmaxime und zugleich Titel seiner 1988 publizierten Erinnerungen „Recht, nicht Rache", von rechtswissenschaftlichen Fakultäten. Seinem Rechtsverständnis nach, das bekräftigte der 90jährige zuletzt vor wenigen Wochen, sollten die Naziverbrecher niemals Ruhe vor der rechtsstaatlichen Ahndung ihrer Verbrechen haben. Diesem Leitspruch blieb er auch dann treu, als die ehemaligen Alliierten während des kalten Krieges ihr Interesse an der Ahndung von Naziverbrechen verloren hatten, Israel mit seinem Aufbau und die Täterländer mit dem Vertuschen und ihrer Rückkehr zur Normalität beschäftigt waren. Wiesenthal bezeichnet den kalten Krieg denn auch als einen „Krieg mit Ost und West als Verlierer und den Naziverbrechern als Gewinnern".



Wiesenthals Leben war mehrfach in Gefahr und jedes Überleben hätte Rachegelüste und Lynchjustiz anstelle der Wiesenthal'schen Beharrung auf rechtsstaatlicher Gerichtsbarkeit verständlich und nachvollziehbar gemacht: abgesehen von den Lebensbedingungen in den mehr als einem Dutzend Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern als mittelbare Lebensbedrohung, war er von der unmittelbaren Ermordung durch Erschießung von der ukrainischen Miliz (1941) und von der deutschen SS (1944) sowie durch ein Sprengstoffattentat von Neonazis (1982) bedroht. 1962 wurde selbst das Lebens von Wiesenthals 1946 geborener und heute in Israel lebenden Tochter Paulinka bedroht.

Begonnen hatte Wiesenthals Tätigkeit mit dem Ende des Nationalsozialismus und der Befreiung aus dem Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich, am 5. Mai 1945 durch amerikanische Truppen. Der 1,80 Meter große Simon Wiesenthal war auf kaum 50 Kilogramm abgemagert, und es wurden ihm nur geringe Überlebenschancen eingeräumt. Zudem hatte er praktisch keine Hoffnung, seine ihm 1936 angetraute Frau Cyla, der er im Herbst 1942 „arische" Ausweisdokumente beschaffen und ihr damit - wie sich im Laufe des Jahres 1945 herausstellen sollte - erfolgreich das Überleben in Warschau sichern konnte, jemals wiederzusehen. Die Kraft zum Weiterleben schöpfte er aus seiner selbst gestellten Aufgabe, eine Liste mit ihm bekannten Verbrechen und Verbrechern zusammenzustellen. Seine Replik auf Vorwürfe der Agententätigkeit Jahrzehnte später: „Meine einzigen Auftraggeber waren mein jüdisches Gewissen, meine Treue zum jüdischen Volk und das Andenken an die Toten". Bereits im Versteck in Lemberg nach seiner Flucht hatte er Erlebnisse und Berichte in einem später von den Nazis entdeckten Tagebuch festgehalten. Am 21. Mai übergibt Wiesenthal seine Liste mit 91 Namen den amerikanischen Behörden. Er beginnt, mit dem U.S. War Crimes Office zu arbeiten und wird schon im Juli vom Office of Strategic Services (OSS) mit der Suche nach einem Adolf Eichmann beauftragt. Die Suche nach dem Mastermind der Endlösung sollte ihn bis dessen Ergreifung 1960 nicht mehr loslassen. Seine Verdienste um die Auffindung und Ergreifung von Eichmann sind bis heute nicht ganz geklärt. Wiesenthal selbst sieht seine Rolle bescheidener als es die Kritik an ihm implizieren würde. Anfang Dezember betonte er in einem Vortrag, daß Eichmanns Auffinden Teamarbeit zugrunde gelegen wäre, und als sein Hauptverdienst reklamierte er, daß er „die Suche nie aufgegeben", und 1947 die von Eichmanns Frau Vera beantragte gerichtliche Todeserklärung verhindert hätte. Erste Gerüchte über den Aufenthalt Eichmanns in Argentinien habe er bereits 1953 erhalten und sowohl an den WJC als auch an die israelische Botschaft weitergegeben. Wiesenthal befragte die jüdischen Vertriebenen (DPs) in den Flüchtlingslagern in Österreich, Italien und Deutschland und wendete als erster systematisch die Methode der „Oral History" an. Die Arbeitsziele des 1947 mit anderen Heimatlosen in Linz gegründeten „Zentrums für jüdische historische Dokumentation" waren die historische Dokumentation, die systematische Auswertung der Zeugenaussagen in selbsterlebte, selbstbeobachtete oder durch Dritte erhaltene Informationen sowie das Anlegen von Karteien der Täter und der Tatorte. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit kommt Wiesenthal in seiner Arbeit mit einem bis heute bestehenden Tabu in Berührung, der Kollaboration von Juden mit dem Naziregime. Das Dokumentationszentrum wird 1954 geschlossen, und Wiesenthal übersendet die Unterlagen, „über eine Tonne jüdische Zeitgeschichte", nach Jad Vaschem.

Nach der Ergreifung Eichmanns gründet Wiesenthal 1961 - von der IKG beauftragt - erneut ein Dokumentationszentrum. Nach heftigen Auseinandersetzung um die von ihm kritisierte politische Vereinnahmung der Kultusgemeinde durch die Sozialistische Partei führt er das Dokumentationszentrum ab 1963 im Rahmen des von ihm gegründeten „Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes". 1963 gelingt es Wiesenthal auch, jenen aus Wien stammenden Polizisten auszuforschen, der die versteckte Anne Frank, ihre Familie und deren Freunde verhaftet und deportiert hatte. Karl Josef Silberbauer war nach dem Krieg ab 1954 wieder in den Wiener Polizeidienst aufgenommen worden. Die Aufdeckung seiner Vergangenheit hatte die Versetzung in den Innendienst zur Folge. Wichtiger als die persönliche Bestrafung Silberbauers war aber der implizite und aufgrund neonazistischer Propaganda notwendig gewordene Beweis für die Authentizität von Anne Franks Geschichte und Tagebuch. Von den großen Naziverbrechern geht die Verhaftung des Kommandanten von Treblinka, Franz Stangl, auf Wiesenthals Recherchen zurück. Stangl wurde 1970 in Deutschland wegen Beihilfe zum Massenmord an 400.000 Menschen verurteilt und starb im Jahr darauf im Gefängnis. Als spektakulärer Fall, der die amerikanische Öffentlichkeit bewegte, gilt jener der Hermine Ryan-Braunsteiner, der Kindermörderin von Majdanek, die Wiesenthal in New York ausfindig machte, und die 1973 an Deutschland ausgeliefert und zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.
Bei der Ausforschung der Fluchtwege hochrangiger Täter stieß Wiesenthal auf die mit dem Vatikan in Verbindung stehende Naziorganisation „Odessa". Wiesenthals Erkenntnisse wurden von Frederick Forsyth zu dem in 17 Sprachen übersetzten und verfilmten Bestseller „Die Akte Odessa" (1972) verarbeitet.
Die Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden verlief nicht immer ohne Friktionen. Wegen seiner völligen Unabhängigkeit und starken moralischen Überzeugung, die frei von parteipolitischem Kalkül oder übergeordneten strategischen weltpolitischen Überlegungen ist, fanden Wiesenthals Bemühungen unterschiedliche Aufnahme. Von einem Beispiel passiven Widerstandes weiß der Wiener Historiker Winfried Garscha zu berichten: Nach Betreten eines von ihm oftmals aufgesuchten Gerichtsgebäudes verständigte der Portier die Staatsanwälte telefonisch von Wiesenthals Anwesenheit, damit sie die nötigen Abwehrmaßnahmen treffen könnten - sie versperrten ihre Bürotüren.
Zwei ganz unterschiedliche prominente Fälle, die Wiesenthal zu seinem Anliegen gemacht hat, sind bis heute nicht restlos geklärt: Wiesenthal setzte sich für die Aufklärung des Schicksals von Raoul Wallenberg ein, der nach der Befreiung Budapests durch die Rote Armee verhaftet worden war und dessen Schicksal ungeklärt blieb. Ebenso offen ist der Ausgang der Fahndung des Naziverbrechers Alois Brunner, der bis heute in Syrien vermutet wird.

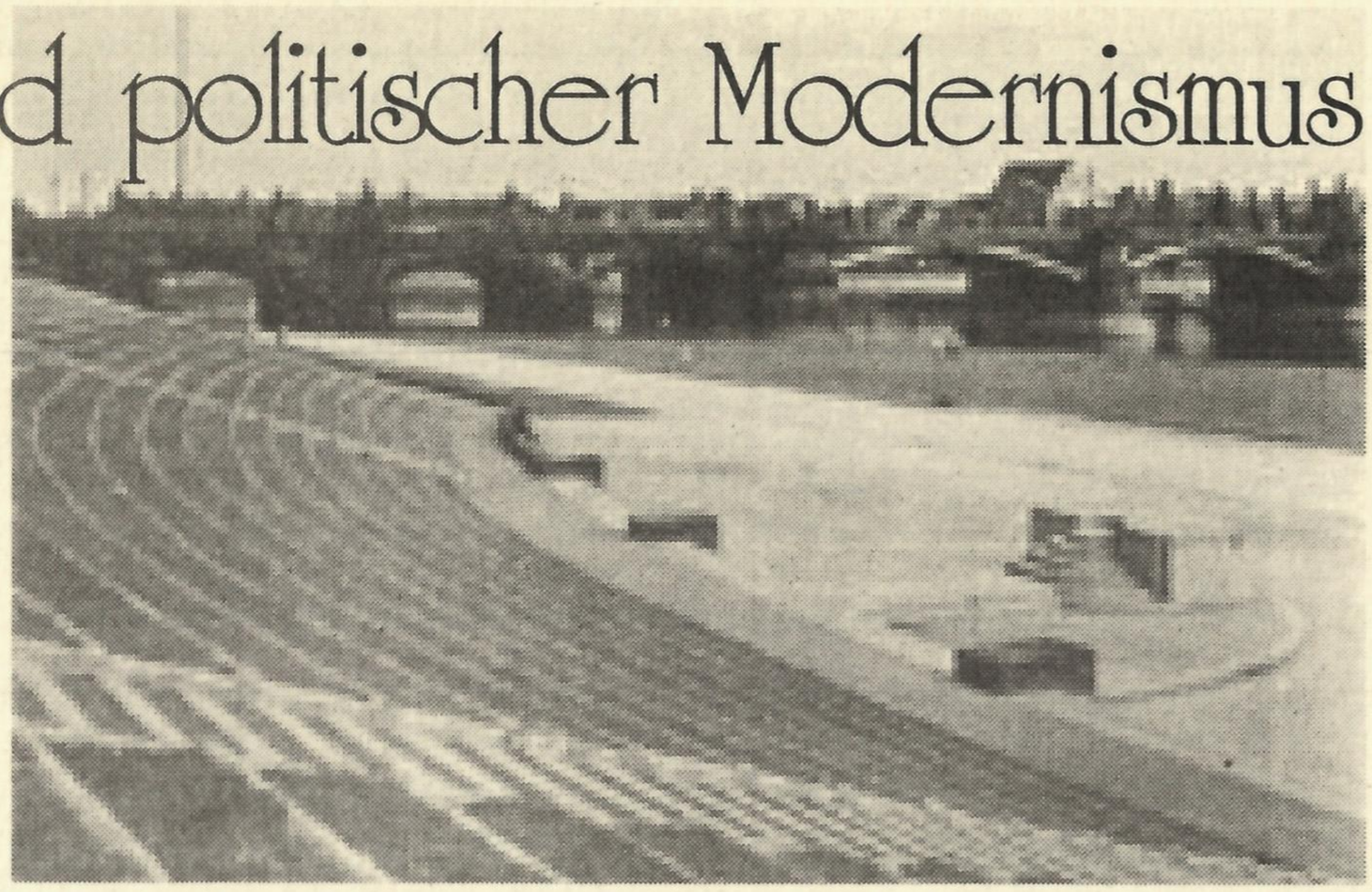
Die Bedeutung Simon Wiesenthals für die Aufarbeitung der Verbrechen während der Schoa wird in ihrer ganzen Dimension wohl erst in der rückblickenden historischen Betrachtung in einigen Jahrzehnten möglich sein. Wiesenthal neben der Ahndung von Naziverbrechen auch die heute in Kommissionen und in der Öffentlichkeit diskutierte Rückgabe von geraubten Kunstschätzen betrieben. Sein unablässiges Auftreten gegen das Vergessen, Verleugnen und Verdrängen hat weltweit Resonanz und mit der Gründung der Wiesenthal-Center 1977 in Los Angeles, später in Jerusalem und in Paris institutionalisierten Widerhall gefunden. Ehrungen wurden Wiesenthal praktisch aus der gesamten westlichen Welt zuteil, seit der Wende in den kommunistischen auch aus Mittel- und Osteuropa, zuletzt aus Bosnien-Herzegowina. Erst 1997 wurde das AMCHA-Center in Tel-Aviv nach Simon Wiesenthal benannt. Zuletzt wurde Simon Wiesenthal am 19. Dezember 1998 im Anschluß an die von ihm initiierte dreitägige Konferenz „über die Quellen des Hasses" - und in seiner krankheitsbedingten Abwesenheit - der „Europäische Preis Pro Humanitate für Gerechtigkeit" verliehen. Der heuer erstmals vergebene Preis wird von der Kultur-Fördergemeinschaft der europäischen Wirtschaft vergeben. Zugleich mit Wiesenthal erhielten der Wiener katholische Kardinal Franz König sowie der türkische Kinderarzt Ihsan Dogramaci die Preise „Pro Humanitate für Frieden" bzw. „Pro Humanitate für Toleranz". Die Verleihung stand unter der Schirmherrschaft der Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments.
Lediglich eine der größten Ehrungen blieb Wiesenthal trotz mehrmaliger Nominierung bisher versagt: der Friedensnobelpreis.

Wiesenthals Gegner

Der Konflikt mit Bruno Kreisky und dessen Sozialistischer Partei wurde gleich doppelt ausgetragen: 1970 machte Wiesenthal publik, daß vier der elf Regierungsmitglieder von Kreiskys Minderheitenregierung als ehemalige NSDAP-Mitglieder vorbelastet waren. Kreisky verteidigte seine Minister - und beließ sie im Amt. Vor den Nationalratswahlen 1975 übergibt Wiesenthal ein Dossier an Bundespräsident Kirchschläger, in dem er aufdeckt, daß der Parteiobmann der FPÖ, Friedrich Peter - von Kreisky als möglicher Vizekanzler nach der Wahl vorgesehen - der 1. SS Infanteriebrigade angehörte, einer Einheit der Waffen-SS, die an Erschießungen von Juden beteiligt war.
Am 9. Oktober - Kreiskys SPÖ erhielt die absolute Mehrheit, Peter war als Abgeordnete zum Nationalrat gewählt worden - informiert Wiesenthal die Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz. Kreisky und seine sozialistischen Parteifunktionäre beginnen ein Kesseltreiben gegen Wiesenthal und überlegen öffentlich seine Verfolgung bis hin zur Ausbürgerung. Kreisky beschuldigt Wiesenthal der Gestapo-Kollaboration, bezweifelt die Rechtmäßigkeit von Wiesenthals Diplom und der Erlangung seiner Staatsbürgerschaft. Bis zu seinem Tod 1990 blieb der populäre Bundeskanzler (1970-83) Wiesenthal gegenüber unversöhnlich. Das Wählerpotential ehemaliger Nationalsozialisten dankte es ihm und verhalf Kreiskys SPÖ dreimal zur absoluten Mehrheiten.
In die Schußlinie des World Jewish Congress geriet Wiesenthal im Zuge der Waldheim-Affäre 1986. Während der WJC nicht ganz ohne Berechtigung zum generellen Rundumschlag gegen die österreichische Verleugnung und Verdräng im allgemeinen sowie gegen den „Kriegsverbrecher" Kurt Waldheim im besonderen ausholte, und damit die Manifestierung latenten österreichischen Antisemitismus, etwa gegen „gewisse Kreise der Ostküste", provozierte, stellte sich Wiesenthal mit differenzierenden Aussagen vor Waldheim und vor Österreich. Wiesenthals Vorschlag, eine internationale Historikerkommission einzurichten, wird ein Jahr später angenommen und nach Abschluß der Recherchen 1988, die keine Beweise für eine persönliche schuldhafte Beteiligung Waldheims zutage bringen, fordert Wiesenthal Waldheim zum Rücktritt auf - wegen unwahrer Behauptungen. Dieser Konflikt mit dem WJC und einige weitere - zum großen Teil auf Eifersüchteleien zurückzuführende - innerjüdische Kritik wurde noch im Februar 1996 in der ARD-Sendung „Panorama" aufgegriffen, um Simon Wiesenthals Rolle bei der Ausforschung und Verfolgung von Naziverbrecher herunterzuspielen. Der damalige Leiter der Zentralstelle zur Ermittlung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Alfred Streim, verteidigte Wiesenthal kurz darauf und schrieb ihm „Hunderte erfolgreicher Hinweise auf den Aufenthaltsort von Verbrechern" zu. Wiesenthal selbst spricht von rund 1 100 Fällen, in denen er an der Auffindung von Naziverbrechern beteiligt war.
Bereits länger zurück liegen Wiesenthals „Fehde mit dem Osten" (vor allem Polen und die DDR) sowie die Auseinandersetzung mit arabischen Staaten, jeweils wegen deren - zum Teil aus antiisraelischen Motiven erfolgte - Unterstützung der Naziverbrecher. Wiesenthal wurde dafür sowohl der Gestapo-Kollaboration (dieser Vorwurf wurde später von Kreisky aufgegriffen), wie auch der Agententätigkeit für die USA und/oder Israel beschuldigt.

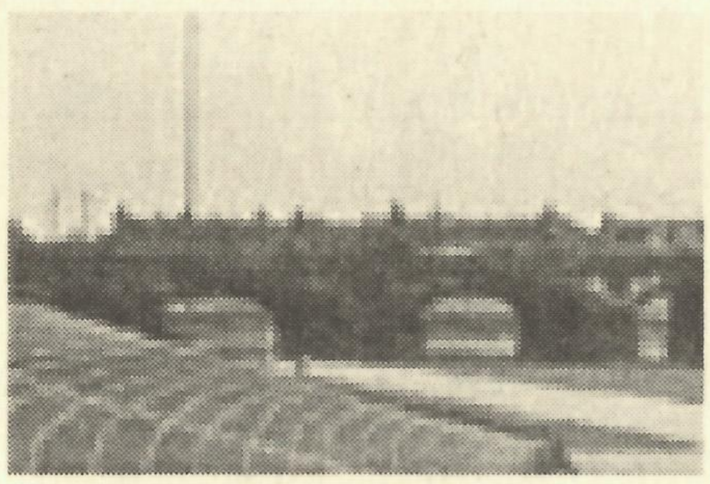
Anton Legerer, Jr. / anton@hagalil.com
Jüdische Rundschau vom Nr. 52 vom 23. Dezember 1998

Faschismus und politischer Modernismus



ZWEITER TEIL ZUR ENTWICKLUNG NEUER ANALYSEMODELLE IN DER ZEITGENÖSSISCHEN FASCHISMUSTHEORIE

In der letzten Ausgabe wurde die generische Faschismustheorie Roger Griffins in ihren Grundzügen vorgestellt und der Versuch gemacht, die in ihr entwickelten zentralen Strukturmerkmale faschistischer Ideologie - reini-gende Neugeburt (»Palingenese«) im Verbund mit dem Glauben an nationale und rassische Suprematie (»Ultranationalismus«) – auf den deutschen Nationalsozialismus anzuwenden.' Dass sich im rechten Lager auch ideologische Fundamentalopposition organisiert, räumt mittlerweile sogar die *Konrad-Adenauer Stiftung* in ihrer jüngsten Studie zur Tätigkeit der sächsischen NPD-Fraktion ein. Entgegen der sonstigen Praxis des Verharmlosens und der Integration der rechten Inhalte werden in ihr die Wahlhelfer der NPD unverblümt als »junge Nationalsozialisten«[2] bezeichnet. Eine winzige Einsicht in die ideologische Autonomie des Faschismus, zu der man sich erst nach Störungen des CDU-Wahlkampfes durch die NPD in der Sächsischen Schweiz durchrang. Auch seitens der Linken ist die Erkenntnis, dass der Faschismus seinen radikal antimarxistischen Kampf eben nicht nur zur Rettung der Bourgeoisie, sondern mit dem Ziel führte, seine eigene neue Ordnung zu installieren, traditionell blockiert. Diese Unfähigkeit der Linken habe, argumentiert Griffin, strukturelle Ursachen, die in Gemeinsamkeiten der Gründungsphase aller modernen Weltanschauungen liegen. Im Folgenden sollen die Momente der Moderne aufgeblättert werden, die Griffin als konstituierend für die Ideologie des Faschismus - und die seiner historischen Gegenspieler sieht. Dieser gemeinsamen Matrix beider Theoriegebilde geht Griffin nicht aus der Annahme nach, dass sich, wie es die bürgerliche Legende will, links und rechts ähnlich seien, sondern da sie nach seiner Ansicht aus dem gleichen Reservoire des »politischen Modernismus« schöpfen. Entgegen dem ersten Anschein ließe sich dieser Ansatz sogar explizit antitotalitarismustheoretisch wenden, da er ein alternatives Erklärungsmodell zu der auch im Mainstream der Wissenschaft verbreiteten Auffassung einer »Annäherung der Extreme« bietet. Der Analyse faschistischer Ideologie ist Griffins Systematisierung nicht nur ihrer Theoreme, sondern auch deren Herkunft und Paralleldiskurse sicher dienlich.

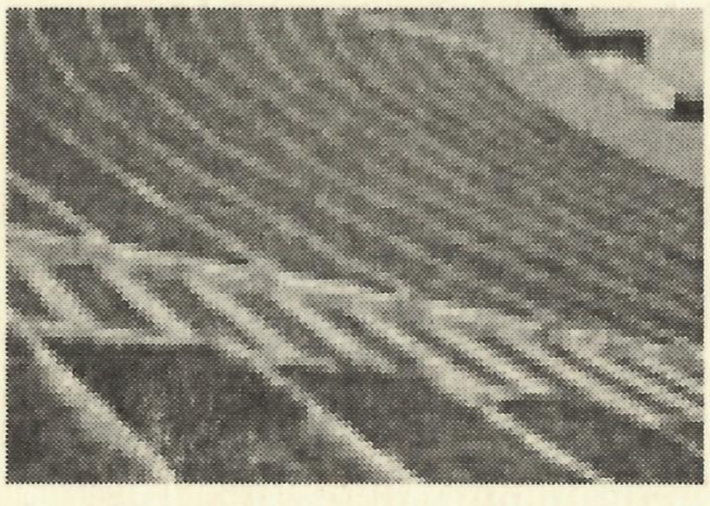


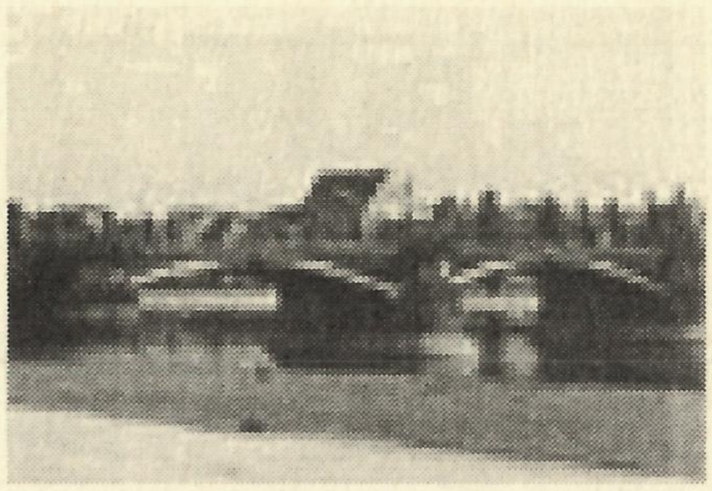
Politischer Modernismus

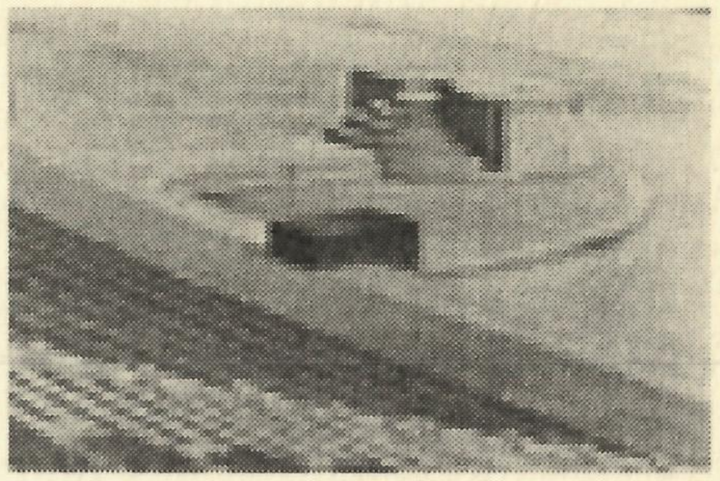
Als erklärter Gegner totalitarismustheoretischer Relativier-ungen arbeitet Griffin dennoch einige strukturelle Affinitäten zwischen marxistischer und faschistischer Revolutionstheorie heraus, die gleicher-maßen dem selben Ursprung geschuldet seien: der politische Reaktionen auf die kulturellen Krisen der europäischen Massengesellschaften im 19. Jahrhundert im Zuge der ersten Modernisierung. Er zeichnet nach, wie sich nach dem bewährten Muster der Verschmelzung von Mythos und Wissenschaft ein breiter, die politischen und sozialen Lager übergreifender Diskurs um die Motive Degeneration und Regeneration entfalten konnte. Was von links als Sozialkritik intendiert hätte sein sollen, war nicht selten reines Lamento über die »Dekadenz« der herrschenden Klasse. Sich in einer Phase des Verfalls wähnend träumte man davon, die neuen technischen Möglichkeiten zur vollkommenen gesellschaftlichen Erneuerung zu nutzen. Dieser von Griffin analysierte »politische Modernismus«, weist den klassisch dialektischen Charakter des Kulturpessimismus auf: Er richtet sich gegen die Zeit, der er selbst entsprungen ist. Elemente dieses Modernismus finden sich für ihn ebenso in der revolutionären Avantgarde wie dem völkischen Nationalismus der Rassenhygieniker und Antisemiten. Als nur ein Indiz hierfür nennt Griffin die weite Verbreitung der biopolitischen Prämissen, die ein solcher Erneuerungsdiskurs produziert. Eugenisches und »sozialhygienisches« Gedankengut war vor 1933 keineswegs nur auf der rechten Seite der politischen Landschaft zu finden. Mit Zygmund Bauman subsummiert Griffin so auch das sowjetische Projekt des »Neuen Menschen« unter die Utopien planbarer risikominimierter Gesellschaften, die sich von der Welt des *social engineering* eine moderne Variante des Gartens Eden versprechen. Wie die USA und die europäischen Staaten habe sich auch die Sowjetunion ganz im Zeitgeist der zwanziger Jahre in der eugenischen Forschung engagiert, um mit ihrer Hilfe den Weg zur idealen Gesellschaft abzukürzen; Griffin nennt exemplarisch die Gründung eugenischer Gesellschaften und Publikationen, die 1919 teilweise unter Schirmherrschaft der Akademie der Wissenschaft stattfand. Deren Arbeit gipfelte in den allerdings von Stalin abgelehnten Vor-schlägen eines Humanzuchtprogramms im Rahmen der

Fünf-Jahrespläne. Anfang der dreißiger Jahre wurde die eugenische Forschung in der Sowjetunion unterbunden. Die Eugenische Forschung fällt also noch in die revolutionäre Phase der Sowjetunion. Dabei war gerade der breiten Bewegung der Eugenik im Kern jener palingenetische Pessimismus zueigen, der auch zu den Gründungsaxiomen des Faschismus zählt. Sein Ziel war eine – hier durchaus biologisch gemeinte – nationale Neugeburt, um den angenommenen »Verfall« der Menschheit aufzuhalten. Ähnlich wie in der Entwicklung des Rassismus und des Antisemitismus lieferte die Wissenschaft in diesem Fall für Fortschrittliche das Vokabular, die althergebrachten Ressentiments des Verfalls und den Mythos der Erneuerung zur rational verbrämten Herrschaftstechnik aufzurüsten. Vor »Scientismus« als zentralem Mythos der Moderne waren auch progressive Projekte nicht gefeit.

Auch heute ist das revolutionäre Anliegen der Linken, die herrschenden Verhältnisse zugunsten einer Gesellschaft maximaler Freiheit und Gerechtigkeit zu überwinden, noch häufig von der Kennzeichnung des zu Überwindenden als etwas Degeneriertes begleitet. Gerade aktuell artikulieren sich die »Urängste« der sozial Benachteiligten oft genug konservativ. Arbeitsfetisch, Sehnsucht nach sozialer Geborgenheit und Übersichtlichkeit aus antimodernem Ressentiment, die Folgen der Erschütterungen postindustrieller Deregulierungsprozesse sind jenen der ersten Modernisierung nicht unähnlich. So liegt auch ein liberaler Kommentator wie Heribert Prantl gar nicht falsch, wenn er in der *Süddeutschen Zeitung* den Aufschwung der neuen »Linkspartei« unter Verweis auf eine »konservative Urangst« diskutiert: »Rechts von der CDU ist zum erstenmal seit den sechziger Jahren wieder reichlich Platz. Auch in diese Lücken stößt die Linkspartei.«' Es bedarf nicht erst der Unterwanderung durch Querfrontstrategen, um das rechte Stimmenpotential abzuschöpfen, wenn die sozialen Ressentiments ausreichend bedient werden. Nach wie vor produziert eine komplexer werdende Welt eine Serie an Affekten, die sich unterschiedlich



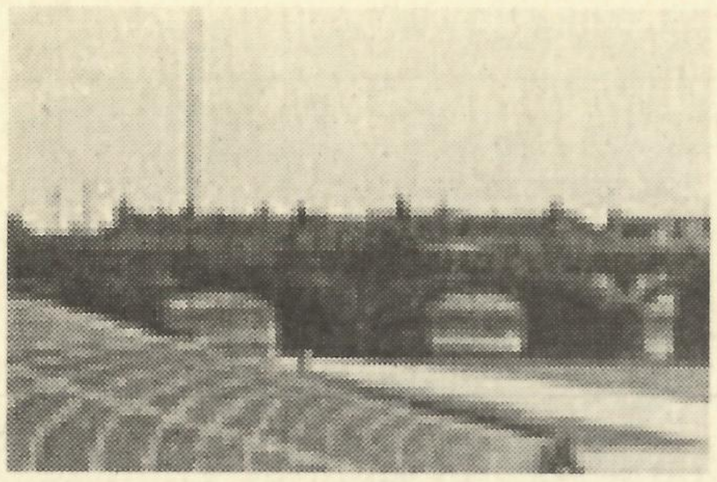


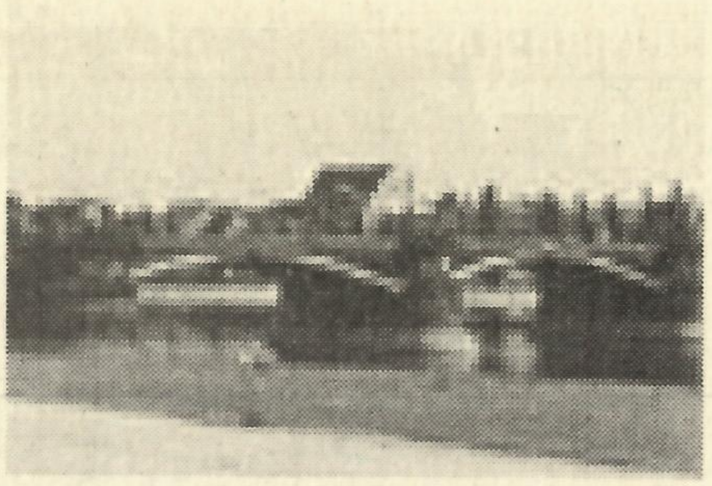


ausbeuten lassen. Ein Arsenal, aus dem sich heute auch die *born again* Ideologie diverser religiöser Fundamentalismen bedient, die ihren Glaubenskampf durch die Verquickung mit Nationalismus längst mit den Errungenschaften der Moderne aufgerüstet haben.

Messianismus

Griffin, der sich selbst als »liberaler Humanist« bezeichnet, was im internationalen akademischen Diskurs schon ein linkes *comingout* bedeutet, entwickelt eine Kritik der traditionellen marxistischen Faschismustheorie, die lange Zeit das einzige generische Faschismusmodell formuliert hatte. In dem Versuch, diese gewissermaßen gegen ihre Liebhaber zu verteidigen, stellt er fest, dass sie durchaus geeignet gewesen wären, die tatsächliche Sprengkraft faschistischer Ideologie zu erkennen und ihrer Dynamik wirksam etwas entgegenzusetzen, wenn sie sich der Struktur ihrer eigenen Weltanschauung besser bewusst gewesen wäre. Mit der marxistischen Kulturkritik sei das Instrumentarium vorhanden gewesen, die eigenständige Rolle einer massenkompatiblen Erneuerungsideologie und die klassenübergreifende Integrationskraft eines quasireligiösen Ultranationalismus im Kampf um die politische Macht zu durchschauen. Doch das Festhalten an der Agententheorie, nach der diesen Faktoren mit dem Hinweis, sie seien »eigentlich« nur Instrumente des Kapitals, jede Eigenständigkeit abgesprochen wird, verhinderte die Analyse. Dabei seien im Marxismus das »Zeitgefüge« faschistischer Ideologie bekannt gewesen, da es in seiner Struktur dem eigenen Modell ähnlich gewesen sei: mythisierte Vergangenheit (»Urgesellschaft«), verkommene Gegenwart (»Klassengesellschaft«), reinigender Prozess (»Revolution«) und verheißungsvolle Zukunft (»Kommunismus«). Diese Übertragung nicht zu leisten und gerade in der politischen Praxis immer wieder selbst in historische Verklärungen, Erweckungs- und Erlösungsrhetorik gefallen zu sein, verstellt bis heute den Vertreterinnen der traditionellen marxistischen Faschismustheorie den Blick auf die Grundstruktur faschistischer Weltanschauung und reduziert ihn auf seine Funktion als bürgerliche Klassendiktatur. Dies geschah paradoxerweise zugleich trotz und wegen der breiten Rezeption der Bonapartismustheorie im Rahmen der marxistischen Faschismustheorie, die aus Marx' Analyse des Scheiterns der Revolution in Frankreich nach 1848 deduziert wurde. Der im *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* beschriebene Konflikt zwischen Proletariat und Bürgertum mündete im Bündnis zwischen Halbwelt, Bourgeoisie und Armee gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Per Staatsstreich durch Auflösung des Parlaments, Bruch der Verfassung und autokratischer Ermächtigung Louis Bonapartes, eines Neffen Napoleon Bonapartes, kam es zur Installation eines populistischen und korrupten Regimes, das mit Hilfe einer entfesselten Exekutive die proletarischen Organisationen zerschlug und maximale Profite garantierte. In der Diskus-sion der Linken galt besonders für den Aufstieg des Faschismus, die Phase seiner »Machtergreifung«, Marx Analyse als Blau-pause. Andererseits entfaltete Marx' Schrift eine Geschichts- und Revolutionsphilosophie, die eine kritische Überprüfung ähnlicher theoretischer Modelle der Arbeiterbewegung nahegelegt hätte. Mit der Beachtung seiner klaren Absage an die pathetischen Kostümierungen und Metaphern, mit denen die bürgerliche Revolution die goldenen Zeiten antiker Republiken auferstehen lassen wollte und dem Plädoyer für eine Revolution *sans phrase* wäre der häufig religiöse Zug emanzipatorischen Strebens zu vermeiden gewesen. So wurde auch Marx' Hinweis meist übersehen, dass »die soziale Revolution des 19. Jahrhunderts ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen [kann], sondern nur aus der Zukunft.«[4] Außer im Denken Walter Benjamins hat diese Einsicht in der Theoriebildung radikaler Linker nur wenig





Niederschlag gefunden. Ob Griffin daher zu Recht auch Benjamins Versuch, den Opfern der Geschichte Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, in den Wiedererweckungsdiskurs eingebettet liest, wird allerdings in Zukunft noch zu diskutieren sein.[5] In der Auseinandersetzung mit Benjamins Geschichtsphilosophie merkt GrifFm zwar zu Recht an, dass auch die Faschisten vom »Sturm des Fortschritts« angetrieben wurden, den Benjamin in seinen Geschichtsthesen skizziert. Doch waren ihre Augen dabei – diese Differenz zu bemerken ist notwendig – anders als die des *Angelus Novus* nicht »aufgerissen«, denn der faschistischen Todesbejahung steht in Benjamins prominenter »IX. Geschichtsthese« eine Allegorie gegenüber, die »verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen« möchte – aber nicht kann. Benjamins emphatische Revolutionstheorie, ist hier einzuwenden, war gedacht als Griff zur Notbremse, um den fatalen Zug der Geschichte aufzuhalten, nicht als naturgesetzliche Erfüllung historischer Determinanten. Ihre »messianische« Konzeption bricht mit jeder fortschrittsfixierten Geschichtsteleologie, da es die Möglichkeit zur Befreiung in den gegenwärtigen Moment und ins Unendliche zugleich verlagert. In dieser säkularen Synthese aus Marxismus und Motiven jüdischer Mystik wird die Erlösung zwar erwartet, sie findet aber nie statt. Damit fungiert Benjamins Revolutionstheorie wesentlich als Korrektiv, gegen propagandistische Verdinglichung sperrt sie sich.

Für eine an ideologischen Vorstellungen »historischer Aufträge«, Opfergang-rhetorik und Erlösungsvisionen nicht gerade arme Linke, die zudem in Großbritannien ungleich stärker traditionsmarxistisch dominiert wird, ist Griffms Feststellung, der Fluss der Zeit münde in kein spezifisches Ziel, sicher ein harter Brocken. Die damit implizierte Einsicht, menschliche Emanzipation sei etwas alltäglich zu Erkämpfendes, dürfte allerdings von den Debatten der undogmatischen Linken her nicht ganz unbekannt sein. Allein angesichts der Tatsache, dass eben jene Geschichtsmystik, mit der international die politischen und sozialen Kämpfe meist überhöht wurden, stets auch das Einfallstor für nationalistische, fetischisierende und reaktionäre Motive und Säuberungsphantasien war, ist die Auseinandersetzung mit Griffins kritischer Gegenwärtigkeit lohnend.

VOLKER WEISS. Der Autor lebt in Hamburg.
aus Phase2.17

ANMERKUNGEN

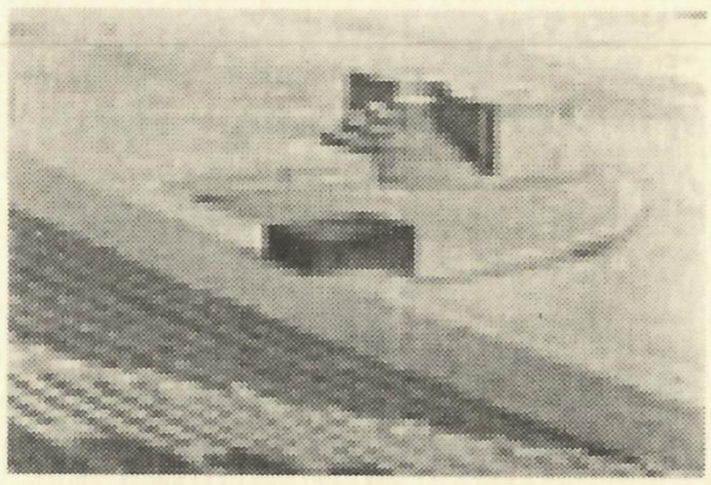
[1] 1ch danke Roger Griffin, dass er mir auch un-veröffentlichtes Material zur Diskussion überlassen hat: Griffin, Tunnel Visions and Mysterious Trees. Modernist Projects of National and Racial Regeneration 1880-1939, in: Marius Turda (Hrsg.), Blood and Homeland. Eugenics and Racial Nationalism in Central and Southeast Europe, 1900-1940 (erscheint Ende 2005), sowie ders., »Awakening the Dead.« Towards a Higher Synthesis in Marxist Conceptualizations of Fascism (erscheint voraussichtlich in der *American Historical Review).*

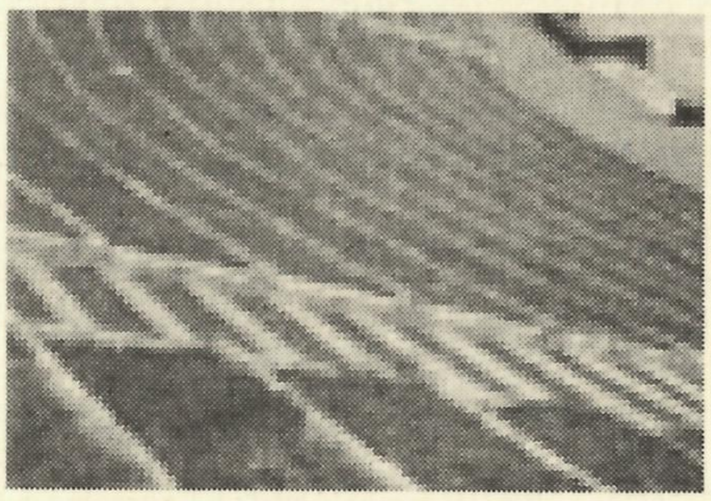
[2] Franziska Brech, Ein halbes Jahr NPD im Säch-sischen Landtag. Personen - Arbeitsstil -Entwicklungsperspektiven (Dokumentation herausgegeben von der Konrad-Adenauer Stiftung Nr. 147), Berlin 2005, 4.

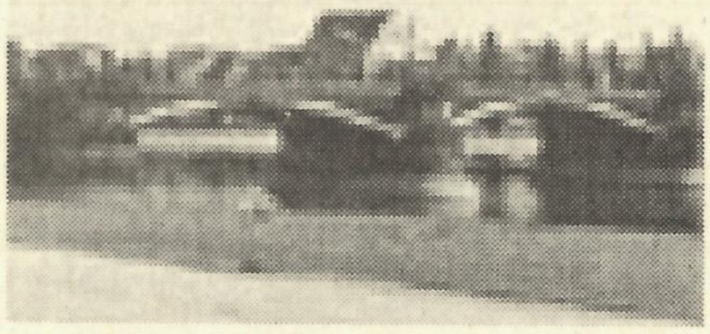
[3] »Der Fluch der bösen Tat«, *Süddeutsche Zeitung,* 22. Juli 2005.

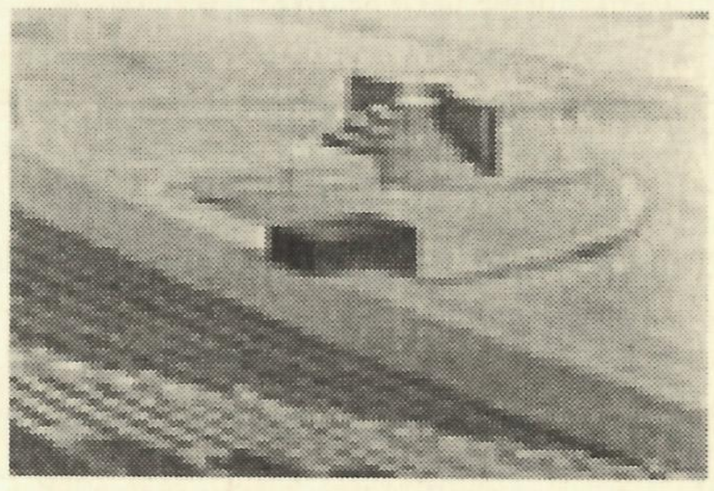
• 'MEW8, 115.

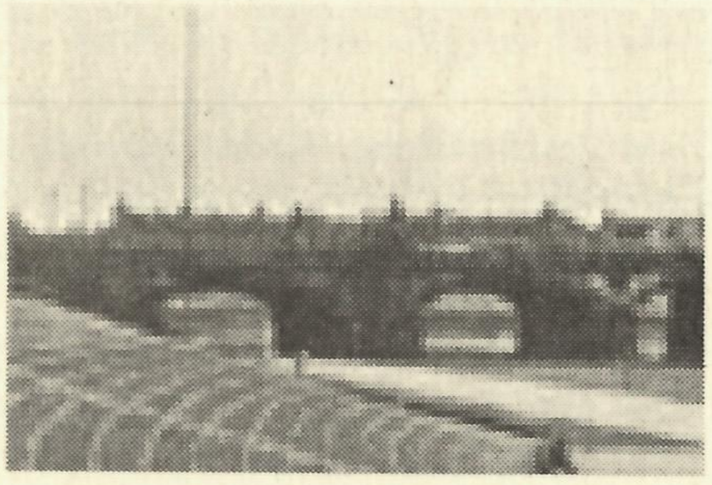
[b] Griffins Benjamin-Lesart orientiert sich eng an Peter Osbornes *The Politics of Time* (London 1995), das die britische Rezeption der Kritischen Theorie wesentlich beeinflusst hat.

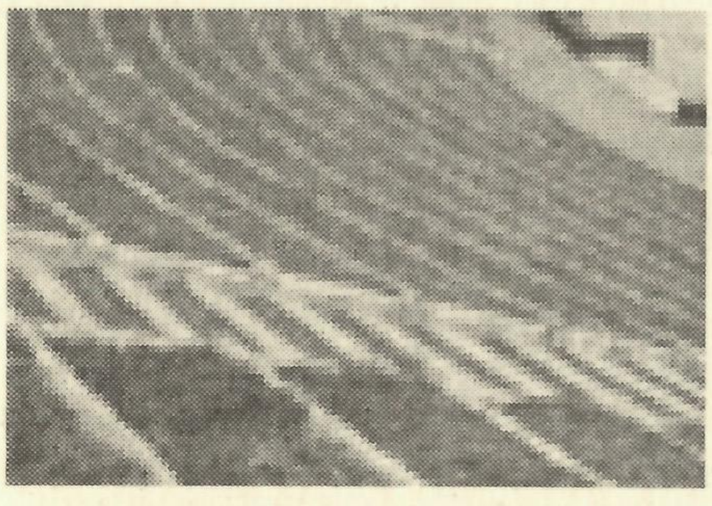


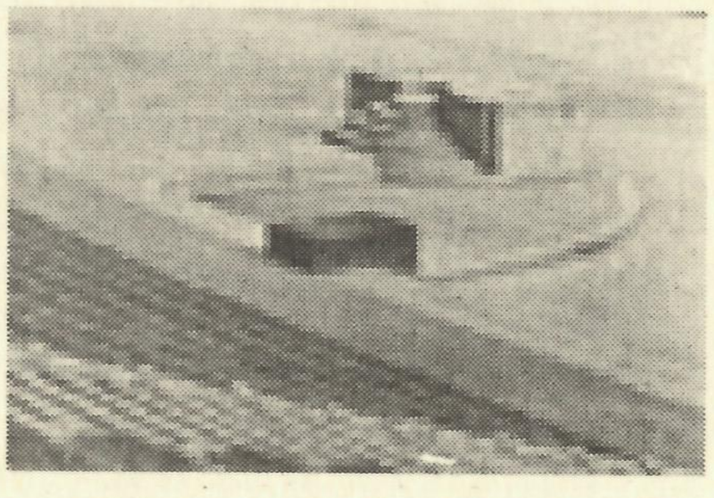


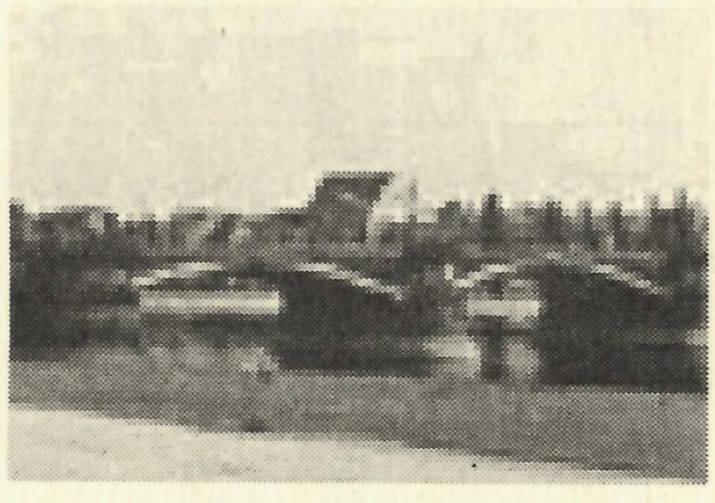












Kontrolle und Tabu

Im kurdischen Nordirak ist die Genitalverstümmelung weit verbreitet. Frauenorganisationen haben eine Kampagne gegen diese Praxis begonnen.

von sandra strobel, suleymania

Bekannt ist die Praxis der »Female Genital Mutilation« (FGM) vor allem aus dem subsaharischen Afrika und aus Ägypten, wo einer Untersuchung zufolge 97 Prozent aller verheirateten Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren an der Klitoris verstümmelt worden sind. Seit langem vermuten Frauenorganisationen, dass diese brutale Praxis auch in anderen islamischen Ländern weit verbreitet ist. Doch in Diktaturen wie Syrien, Saudi-Arabien oder dem Iran werden Informationen zu diesem Thema weitgehend unterdrückt. Seit einiger Zeit beginnt sich dies allerdings, wenn auch sehr langsam, zu ändern. So hat etwa die jemenitische Regierung nach Angaben von Unicef einige Schritte unternommen, um Klitorisbeschneidungen zu unterbinden.

Und seit einiger Zeit wird auch im kurdischen Nordirak über dieses Problem offen diskutiert. Mitte der neunziger Jahre begannen Frauenorganisationen in Suleymania, die verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen zu thematisieren. Möglich war dies, weil diese Region nach 1991 dem militärischen Zugriff der Diktatur Saddam Husseins entzogen war. Seitdem hat sich im Nordirak eine rudimentäre Zivilgesellschaft entwickelt. Ersten Berichten über Klitorisbeschneidungen, die das Fraueninformationszentrum Rewan vorlegte, wurde allerdings kaum Glauben geschenkt. Offiziell ist diese Praxis verboten, was dazu führt, dass sie, anders als in Afrika, heimlich und unter äußerst unhygienischen Umständen durchgeführt wird.

Erst als vergangenes Jahr die deutsch-österreichische Hilfsorganisation Wadi in Germian, einer extrem armen und benachteiligten Region im Südwesten Suleymanias, eine Studie unter 1 500 Frauen durchführte, wurde das Ausmaß des Problems bekannt: 907 der befragten Frauen waren beschnitten. »Wir waren erschüttert, als wir die Resultate sahen«, sagte Suaad Abdulrahman, die Frauenprojektkoordinatorin von Wadi. »Wir wussten zwar, dass es diese fürchterliche Praxis hier gibt, nicht aber, dass mehr als 50 Prozent der Frauen betroffen sind.« Hero Umar, eine Sozialarbeiterin aus Germian, die an der Studie beteiligt war, erklärt, in der Regel würden die Mädchen im Alter von vier bis sechs Jahren dem schmerzhaften Eingriff unterzogen. Dabei komme es häufig vor, dass Mädchen verbluteten.

Im Irak findet die so genannte Sunna-Beschneidung statt, bei der äußere Schamlippen und Klitoris entfernt werden. Diese Bezeichnung nimmt Bezug auf die Sunna, die islamische Überlieferung, der zufolge Mohammed einer Beschneiderin die Anweisung gegeben habe soll: »Nimm wenig weg und übertreibe nicht!« Im Koran dagegen wird die Frauenbeschneidung nicht erwähnt. Deshalb herrscht unter den Klerikern Uneinigkeit. Einige sunnitische Rechtsschulen befürworten die Beschneidung, andere lehnen sie ab.

Unter Saddam Husseins Regierung wurde die Beschneidung von Frauen geleugnet, deshalb fehlen umfassende statistische Daten. Auch die kurdische Regionalregierung hat es bislang bevorzugt, das Problem herunterzuspielen, erklärt Awad, der lange in einem Frauenschutzhaus gearbeitet hat. Nun bereitet er, unterstützt von Hilfsorganisationen, eine Studie im Nordirak vor. »Was wir brauchen, ist eine landesweite Kampagne gegen Genitalverstümmelung. In Schulen, Kindergärten, Moscheen und in den Medien muss dieses Problem thematisiert werden.«

Bislang wird Beschneidung als Familienangelegenheit und absolutes Tabuthema behandelt. In der sehr patriarchalisch geprägten kurdischen Gesellschaft spielt das Konzept der »Ehre« eine Schlüsselrolle. Die »Ehre« der Familie ist direkt an das Sexualverhalten der Frauen gebunden und wird mit Waffengewalt verteidigt. »Khatana, so der kurdische Name für Beschneidung, warnt das Mädchen auf brutalste Art davor, die

Ehre der Familie in Gefahr zu bringen. Das ist Besitzsicherung«, sagt Runak Faraj, die Geschäftsführerin von Rewan.

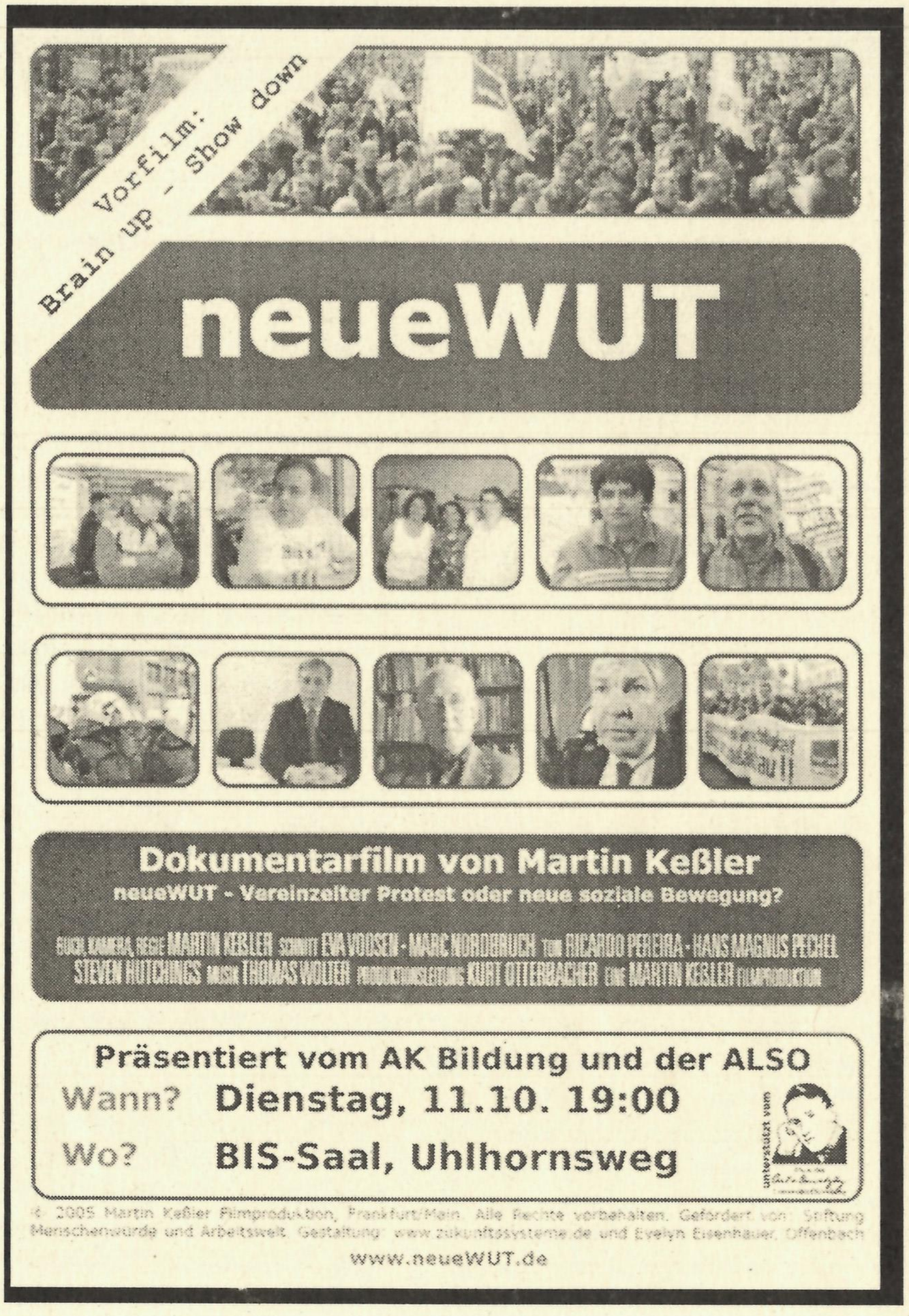
Die Praxis der Genitalverstümmelung passt schlecht zu dem Bild, das die Kurden gerne nach außen vermitteln. Insbesondere Suleymania gibt sich betont westlich, weniger Frauen als in anderen kurdischen Städten tragen hier ein Kopftuch. Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich eine andere Realität. »Wir Frauen wissen alle, dass es für uns eine rote Linie gibt, deren Überschreitung schnell tödlich verlaufen kann. Keine von uns ist frei. Auch in Suleymania nicht, der modernsten Stadt Kurdistans«, sagt Nias, eine Studentin der Universität Suleymania, die gerade ihre Magisterarbeit über Selbstmorde von Frauen beendet hat.

Stichproben von Rewan ergaben, dass selbst in Suleymania im Jahr 2001 noch mindestens zehn Prozent der Frauen beschnitten waren. »In Dörfern und den armen Stadtvierteln der Städte, in denen Traditionen und Unwissenheit dominieren, liegt die Quote wesentlich höher«, erklärt Nias. Auf dem Land seien die Leute noch immer der Ansicht, unbeschnittene Frauen seien schmutzig und könnten nicht kochen, weil sie ständig an Sex denken würden.
Zudem unterstützen viele Kleriker die Beschneidung. Aber es gibt auch gegensätzliche Entwicklungen. In Suleymania wurde sogar eine Fatwa gegen Genitalverstümmelung von Frauen erlassen, doch ist sie vor allem in Dörfern, in denen die Frauen weder lesen noch schreiben können, weitgehend unbekannt. »Tradition ist ein wichtiger Pfeiler der kurdischen Gesellschaft. Nur wenige haben Khatana bisher in Frage gestellt. Man macht es, weil es schon immer so war, weil es alle machen und weil es eben gemacht werden muss«, sagt Nias. »Außerdem herrscht in unserer Gesellschaft ein völlig unnatürliches Verhältnis zu Sexualität. Die Eltern reden mit ihren Kindern nicht darüber und können ihnen deswegen nicht vertrauen.« Das größte Problem sei der Wunsch der Männer, totale Kontrolle über ihre Frauen auszuüben.

Befragungen haben allerdings ergeben, dass vor allem ältere Frauen auf der Beschneidung ihrer Töchter oder Enkelinnen bestehen. Dies mag auf Unwissenheit zurückzuführen sein, aber auch die Angst, unbeschnittene Frauen könnten von ihrem Ehemann nach der Hochzeitsnacht wieder nach Hause geschickt werden, spielt eine Rolle. Doch selbst in den Dörfern beginnt sich etwas zu ändern. Fatima erzählt: »Meine Mutter hat es bei mir und allen meinen älteren Schwestern getan. Aber bei meinen jüngeren Schwestern habe ich es nicht zugelassen. ›Wenn du es trotzdem machst, schneide ich dir deine Ohren ab!‹ sagte ich meiner Mutter.«

Dass verschiedene Medien über Klitorisbeschneidungen berichtet haben, Frauenorganisationen Aufklärungskampagnen planen und dass offener über die verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen diskutiert wird, sei erst der Anfang eines langen und schwierigen Prozesses, meint Nias. »Früher, zu Sad-dams Zeiten hätte man uns einfach verhaftet, oder wir wären verschwunden.« In Suleymania hofft man, dass die Kampagne gegen die Beschneidung auch Wirkungen im restlichen Irak zeitigen. Man ist sich sicher, dass Frauen im ganzen Land unter dieser Praxis leiden, nur traue man sich im Süd- und Zentralirak noch nicht, darüber zu sprechen. »Diese Gesellschaft fußt wie in allen islamischen Ländern auf der Unterdrückung von Frauen«, sagt Suaad Abdulrahman. »Ewrst wenn wir dies ändern, wird sich unser Traum von einem Leben in Demokratie und Freiheit verwirklichen.«

aus der jungle world Nr. 35 /2005



Arbeitslosengeld II

Unterstützung bei Hausbesuchen

Wer Arbeitslosengeld II bezieht, muss seit Neuestem täglich damit rechnen, dass Außendienstmitarbeiter der ARGE an die Tür klopfen. Insbesondere neue Arbeitslosengeld II Antragssteller und Wohngemeinschaften müssen mit Hausbesuchen durch Sozialdetektive rechnen. Dieses geschieht oft rechtswidrig ohne vorherige Anmeldung und ohne Grund.
Mit dem Artikel 13 des Grundgesetzes wird die Unverletzlichkeit der Wohnung in besonders hohem Maße geschützt. Durch Außenermittlungen gelangen auch „Erkenntnisse" an die Behörde, die unerheblich für die Leistungsgewährung sind. Hausbesuche dürfen auf keinen Fall routinemäßig oder zu Ausforschungszwecken durchgeführt werden. Wer sich gegen einen überraschenden Hausbesuch wehrt, dem darf darum nicht die Leistung verwehrt oder eingestellt werden. Dazu ist das Amt erst bei einem konkreten Verdacht auf Leistungsmissbrauch berechtigt.
Außendienstmitarbeiter müssen sich anmelden, einen Termin vereinbaren und den Grund der Hausinspektion nennen!
Und das alles schriftlich!

! ! ! Lasst euch nichts gefallen ! ! !

Eure Rechte bei Hausbesuchen

- der Termin für den Hausbesuch muss mit euch vereinbart werden
- Außendienstmitarbeiter müssen sich ausweisen
- der Grund für den Hausbesuch muss schriftlich dargestellt werden
- AuBendienstmitarbeiter dürfen Drit-te nicht befragen
- Hausbesuche nur wegen Tatsachen, die für die Leistung (ALG II) erforder-lich sind
- Hausbesuche dürfen nicht erfolgen, um allgemeine Daten zu sammeln
- Sozialdetektive müssen euch über eure Rechte aufklären
- ladet euch zu dem Termin des Hausbesuches Freunde als Zeugen ein

Begleitung zur ARGE

Tägliche Praxis von Arbeitslosengeld II Bezieherinnen ist es, sich mit der ARGE auseinander setzen zu müssen.
Bei Schwierigkeiten mit dem Amt (ARGE) hat jeder das Recht eine Person des Vertrauens mit zu nehmen (§ 13 Abs. 4 SGB X). So ist dann bei wichtigen Angelegenheiten oder evtl. Vorfällen ein Zeuge dabei. Ein Bei-stand kann nicht mit der Begründung des Datenschutzes abgewimmelt werden, da es sich um die eigenen Daten handelt und jeder selbst bestim-men kann, wen er als Begleitung dabei haben möchte.

Wer sind wir?

Wir sind eine Gruppe von Leuten, die euch bei Hausbesuchen und Terminen der ARGE begleiten. Unsere Treffen finden mittwochs um 15:30 Uhr in der ALSO statt. Wer Lust hat, sich mit anderen Erwerbslosen zu organisieren und sich gegenseitig zu unterstützen, kann einfach mal bei uns vorbei schauen.
Wer Unterstützung benötigt, kann sich bei der ALSO melden. Bitte hinterlasst auf dem Anrufbeantworter euren Namen, Telefonnummer, Stadt-teil und den Termin, wann der Hausbe-such stattfindet (oder der Termin bei der ARGE). Wir melden uns dann so schnell wie möglich bei euch.
Kaiserstr. 19, 26122 Oldenburg
Tel.: 16313, www.also-zentrum.de
e-mail: also@also-zentrum.de

ALG 2

Sputnikkonzerte präsentieren :

Los Tres Puntos &
The Big Banders

13p

06.10.2005 Alhambra (21 uhr einlass)

die konzertarme zeit ist vorbei; eine hamburger und eine pariser combo durchbrechen die stille, tanzlose abstinenzia, beide mit neuen alben voll mit purem SKA;

LOS TRES PUNTOS praesentieren seit zehn jahren auf der Buehne vor allem Latino-Ska und Ska-Punk. Die sechskoepfige Rhythmusgruppe wird unterstuetzt von bis zu fuenf Blaesern, die zusammen durch ihren Gesang, ihre Rhythmik und ihre Melodien eine wahnsinnige Energie verbreiten und das Publikum und sich selbst in einen Rausch versetzen. Ihre Texte, gesungen auf franzoesisch und spanisch, aber auch auf englisch und italienisch, sprechen von Menschlichkeit und Revolte, von Polizeiueberwachungsstaat ("Les vaches et le prisonier") und Armeeverweigerung ("Je ne ferai pas l'armee"), von Gleichgueltigkeit ("Le temps passe") und dem Kampf gegen Repressalien ("La bataille"), von sozialer Exklusion ("Ninos de la Calle") und Konsumwahn ("Je depense donc je suis").

The Big Banders mit acht musikern, seit sieben jahren mit ueber hundert auftritten unterwegs, bringen eine mischung aus ska- und jazzelementen mit punk an unsere ohrenbeine.

beide kapellen beginnen hier ihre gemeinsame kleine tour-du-nord (ol, hb, hh, ki). es sind ausgezeichnete live-bands, deren musik vor allem auch gute laune und spass macht.

www.l3p.free.fr
www.bigbanders.de
www.sputnikkonzerte.de

Big Banders

La Floripondio (Chile)

am **20-10-05 21 uhr einlass**

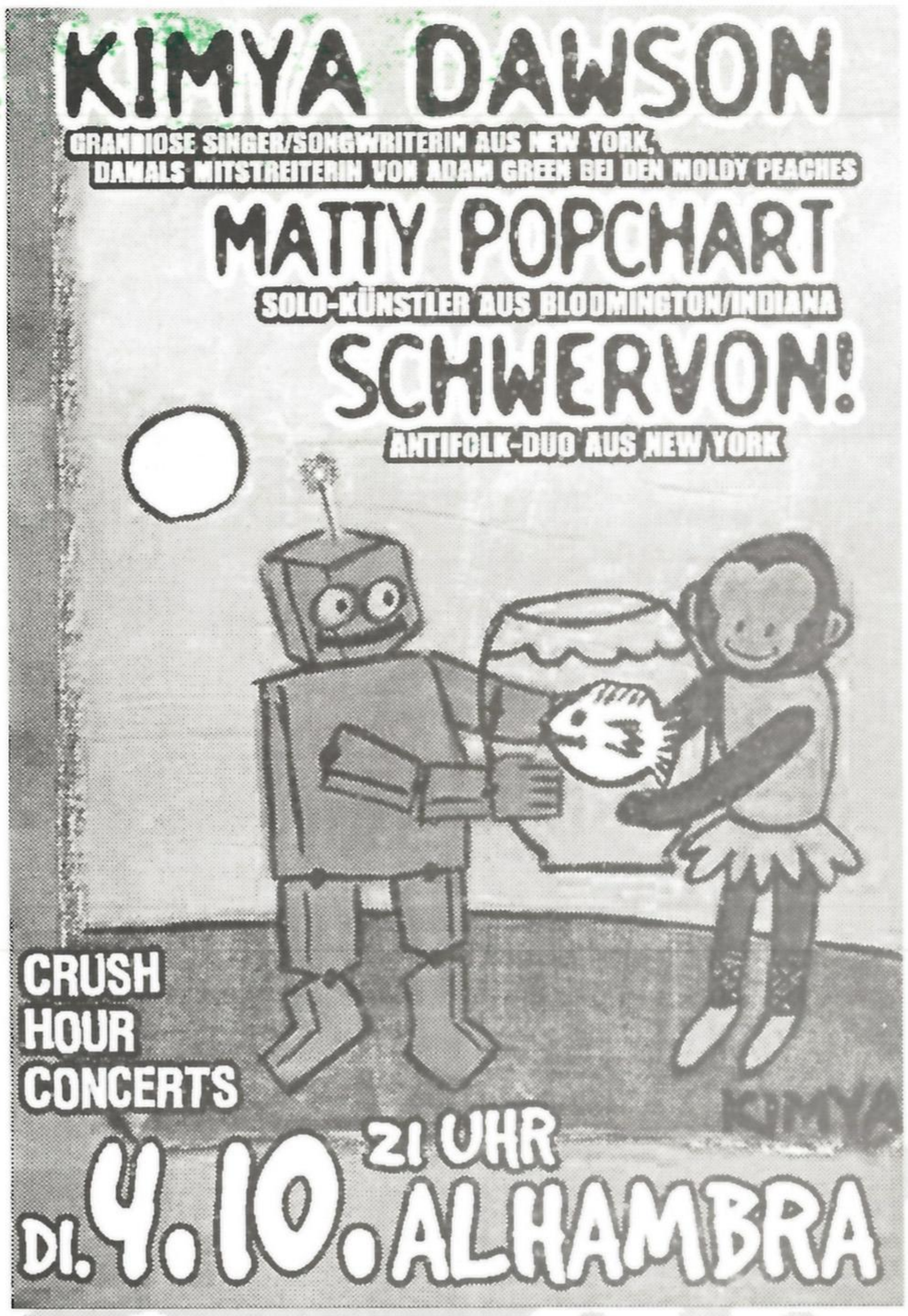
Latin Punk-Ska, Percusive Punk-Mariachi

La Floripondio kommen 1991 als punkrock-quartett um Aldo Asenjo, alias "Macha", und Antonio Orellana in Villa Alemana auf die Welt.
auf das debutalbum -Muriendo Con Las Botas Puestas- von 1993, folgen -La Manda Del Ladron De Melipilla- und -Atontahuayoprensao- beim independent-label Alerce
mit erweiterung der musikalischen moeglichkeiten durch die 3 neuen:
Rodrigo Neira -guitar,
Juan Gronemeyer -percussion,
Alejandro Ibanez -trumpet.
1999 kommen sie zum ersten mal nach europa, erfolgreich und nun regelmaessig wieder.
sie werden auch -PARIA-, ihre neue scheibe, zu gehoer bringen.

Auf ihrer tour spielen La Floripondio auch beim -30 jahre fdcl- fest (www.fdcl-berlin.de)

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V. FDCL

crush hour concerts präsentiert:



Sonntag **9. Oktober** 21 h

autonomes Theaterstück

the ex
ilse Lau

donnerstag

17.11.

21 uhr

alhambra

crush hour concerts

termine

oktober:

Sa.	1.10.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
So.	2.10.	22:00	Oldenburger Beats gegen Rassismus
Di.	4.10.	21:00	Crush Hour Concerts: Kimya Dawson + Schwervon! + Matty Popchart
Do.	6.10.	21:00	Sputnik-Konzert: Big Banders + Los Tres Puntos
Fr.	7.10.	22:00	Reggae Corner
Sa.	8.10.	22:00	Frauenparty 'Die Sufragetten', ab 21:00 Standardtanz
So.	9.10.	21:00	Crush Hour Concerts: Revolte Springen
Do.	13.10.	22:00	Ersti-Fete der Fachschaft Biologie
Fr.	14.10.	21:00	Metal-Konzert: Disrupted + The Awakening
Sa.	15.10.	22:00	Männerfabrik
So.	16.10.	16:00	Gothic - Treff
Do.	20.10	21:00	Sputnik-Konzert: La Floripondio
Fr.	21.10.	21:00	Reggae Corner Konzert: Eek-A-Mouse
Sa.	22.10.	22:00	Gothic-Party
So.	23.10.	21:00	Konzert: Heliotrope + Mokja + Jesco Schneemann
Mi.	26.10.	21:00	RedRedRed-Kozert: Greg MacPherson + Zann + Anodyne
Do.	27.10.	22:00	Semester Anfangsparty
Fr.	28.10.	23:23	Teonanacatl (Goa-Party)
Sa.	29.10.	22:00	Rosa Disco

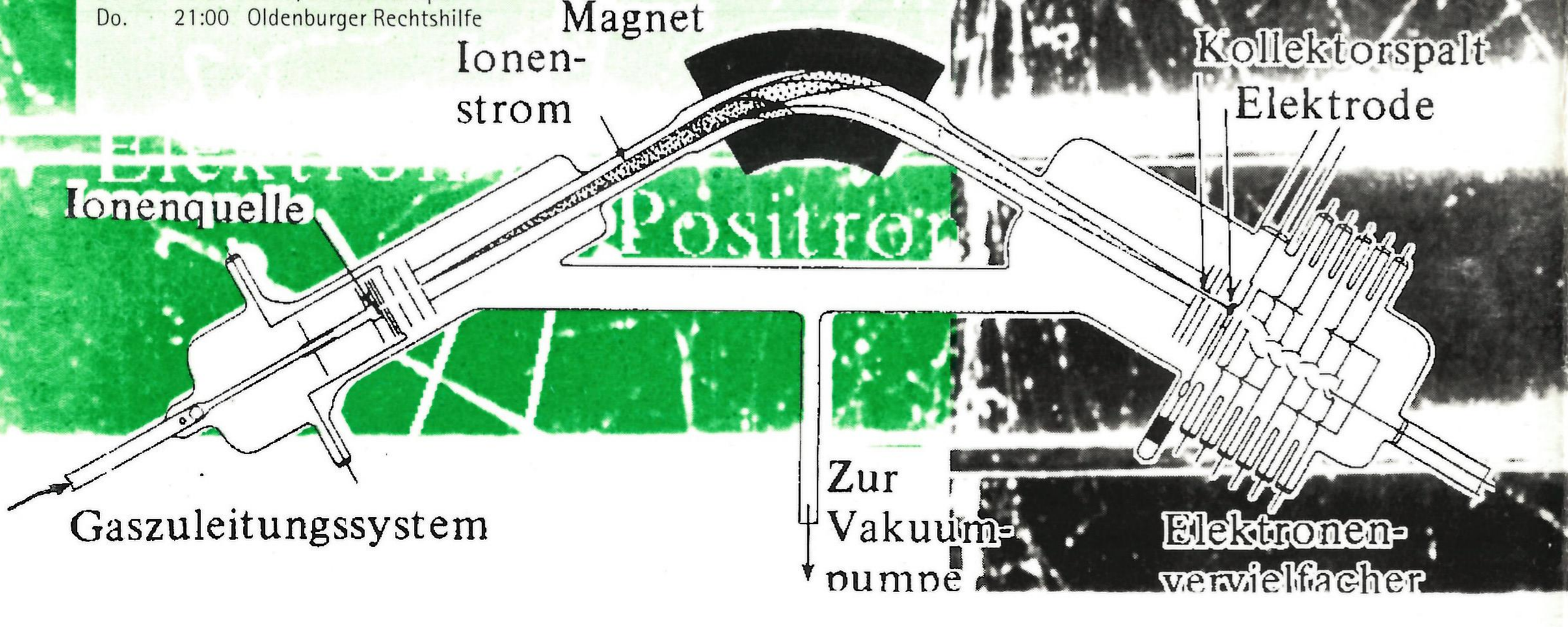
november:

Do.	3.11.	22:00	Fachschaftsparty Sachunterricht / ISB
Fr.	4.11.	22:00	Reggae Corner
Sa.	5.11.	22:00	Lesbischwule Halloween-Party

immer:

Wöchentlich:

Mo.	18:00	Archiv
Mo.	18:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa - Cafe
Do.	17:00	Jugendcafe „Kaluppe"
Do.	18:00	SchülerInnenbündnis „Swimmy"
Do.	19:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi.	20:00	Frauenlesben Kneipe
2. Do.	20:00	Politische Werkstatt.
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum